

Aus dem Inhalt:

Blutig wie am ersten Tage
Preisgabe Danzigs
Moskauer Hintergründe
Brauner Fasching

Bis zum bitteren Ende!

Der Weg des neuen deutschen Militarismus

Die Rede Hitlers vom 30. Januar war eine genaue Definition des Wesens und der Politik des neuen deutschen Militarstaates. Ein jeder in Europa weiß heute, mit wem er es zu tun hat, und was er zu erwarten hat. Diese Rede zeigt, daß die deutsche Diktatur weder innenpolitisch noch außenpolitisch an Einlenken, Mäßigung oder Abrüsten denkt. Die Erklärungen Hitlers haben denen, die immer noch gerne an eine solche Möglichkeit glauben möchten, keinerlei Vorwände mehr für ihre Illusionen und für eine darauf basierte Politik gelassen. Mit ihrem stellenweise geradezu hohnvollem Pochen auf die Macht kamen sie nahe heran an die Tonart gewisser Kaiserreden vor 1914. Das »scharf geschliffene Schwert« regiert die Stunde.

Der Wert früherer Erklärungen, die als Friedenserklärungen angesehen wurden, wird durch diese Rede bestimmt. Die früheren Erklärungen haben den gleichen Wert wie die Ausführungen der Rede vom 30. Januar über den unblutigen, friedfertigen Charakter des gegenrevolutionären nationalsozialistischen Staatsreiches, in denen die Opfer der gegenrevolutionären nationalsozialistischen Brutalität teils abgeleugnet und teils beschimpft wurden. Diese Stellen der Hitlerrede gestatten kein Sichdrücken mehr. Wenn die Mahnungen und Wissensnöte der Menschen außerhalb Deutschlands angesichts der Unmenschlichkeiten des Terrors so höhnend und brutal beiseitegeschoben werden, wenn so eindeutig der Wille verkündet wird, auf das moralische Urteil der Mitwelt zu pfeifen, so bleibt der Mitwelt nur die Wahl zwischen der moralischen Kapitulation und dem entschlossenen Ziehen der moralischen und politischen Folgerungen.

Auf allen Gebieten sind durch diese Rede die Dinge vereinfacht. Staatsrechtliche Experimente und personelle Verschlebung, die prophezeit worden waren, sind nicht erfolgt. Die Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes auf vier Jahre durch den Reichstag ist von rein formaler Bedeutung. Auch die vier Punkte Hitlers über die durch die Partei repräsentierte Volkssouveränität sind nur eine Verhüllung der wirklichen Verfassung. Die wirkliche Verfassung Deutschlands ist ganz einfach die neue Militärorganisation, mit der der Parteiapparat der NSDAP, Verwaltung und Wirtschaft untrennbar verbunden sind. Sie wollen alle keine innerpolitischen Experimente, sie können keine riskieren, sie sitzen tatsächlich alle in einem Boot, sie müssen alle gemeinsam mit dem weitergehen, was sie begonnen haben — bis zum bitteren Ende.

Auch ideologisch liegen die Dinge einfach. Der auf Rasseprinzip und Blutmystik aufgebaute Nationalismus ist zur Staatsreligion erklärt. Er wird für göttlichen Willen und Befehl, für den von der Vorsehung gewollten und erzwungenen Sinn und Zweck des Lebens ausgegeben. Diese Mystik wird bewußt an die Stelle der anrühlich gewordenen Lehre gesetzt, daß der Krieg eine von Gott gewollte Einrichtung und der eigentliche Sinn des Lebens sei. Praktisch läuft sie auf dasselbe hinaus. Die geradezu ungläubliche Form der Verkündung dieser Lehre, die Sätze über die von Gott gegebene blutgebundene Art, über die Umwälzung des Weltbildes durch den neuen Kopernikus Hitler, über den »marxistischen Begriff der Menschheit«, müßten der Erkenntnis Bahn brechen, daß dies System wirklich nicht nor-

mal ist im Sinne der europäischen Kultur, und daß es nicht normalisiert werden kann.

Das ist das staatsrechtliche und ideologische Gefüge des deutschen Militarstaates. Schon in diesen Erklärungen liegt eine Antwort auf die Anfragen und Hoffnungen, die von Eden und Blum ausgesprochen worden waren. Das System denkt nicht daran, sich dem Friedenswillen und der Kultur der demokratischen Völker Europas anzunähern und auf dieser Grundlage am Frieden zu arbeiten. Das innere Gefüge des Systems und der Geist, der es beseelt, sind weder mit dem Frieden noch mit der europäischen Kultur vereinbar.

Die direkte politische Antwort ist nicht weniger eindeutig. Die Erwiderung auf die Rede Edens war ein Gemisch aus dumpfem Hohn und schneidender Schärfe. Von alledem, was der englische Außenminister als Voraussetzung und Inhalt einer europäischen Verbindung gewünscht hatte, hält er heute nichts in der Hand. Dem Wunsche nach Abrüstung steht die Erklärung entgegen, daß jedes Land souverän über den Stand seiner Rüstungen entscheiden müsse, dem Wunsche nach wirtschaftlicher Eingliederung Deutschlands der unabänderliche Entschluß, den neuen Vierjahresplan durchzuführen, dem Wunsche nach europäischer Verständigung im Rahmen des Völkerbundes eine strikte Ablehnung kollektiver vertraglicher Bindungen, dem Wunsche, daß Europa nicht in Blocks zerrissen werden möge, das Pochen darauf, daß ein gegenrevolutionärer Block unter Deutschlands Führung möglich und im Werden sei und die neue Feinderklärung gegen Sowjetrußland. Dazu noch

die Kolonialforderung und die verspätete Antwort auf den englischen Fragebogen, die wie blutiger Hohn wirkt.

Diese Rede bezeichnet das Scheitern der dreijährigen diplomatischen Versuche, Hitlerdeutschland in ein System der gegenseitigen vertraglichen Friedenssicherung einzubeziehen. Praktisch sind alle Verhandlungen über ein Paktsystem, das Westen und Osten umfassen soll, zu Ende. Die demokratischen Mächte werden aufgefordert, zu resignieren und sich dem anzupassen, was die deutsche Militärmacht für gut befindet. Sie sollen eine Niederlage des Rechts hinnehmen und sich mit dem Zustand der durch keine Verträge eingeschränkten Unsicherheit abfinden. Was die deutsche Militärmacht unter politischer Mitarbeit versteht, wird durch Hitlers Pochen auf das antibolschewistische Prinzip und das deutsch-japanische Bündnis erläutert.

Die Forderung, daß Deutschland freie Hand im Osten haben müsse, liegt in dieser strikten Ablehnung der vertraglichen Bindung eingeschlossen. Sie wird unterstrichen durch Hitlers Antwort auf den englischen Fragebogen, die sich auf die Formel bringen läßt: Das machen wir, wie wir wollen! Die Aufzählung jener Balkanländer, mit denen Hitler zu rechnen glaubt, oder mit denen er sich brüstet, die Länder, die er aufzählte, und die, die er nicht nannte, lassen erkennen, nach welchen gefährlichen Spaltungen und gefährlichen Zielen die Politik der freien Hand im Osten tendiert.

Die Gesamttendenz der Politik, die die Rede Hitlers erläutert hat, heißt nicht

Frieden und Verständigung, sondern Wille zur Macht. Die Gewitterwolken des deutschen Imperialismus hängen über Europa. Niemand glaubt, daß die Erklärung, daß nun die Zeit der Ueberraschungen abgeschlossen sei, eine Erklärung des Friedens darstelle, oder daß der deutsche Imperialismus saturiert sei. Auch das spanische Abenteuer, auch die Marokkopläne waren keine »Ueberraschungen« — und dennoch voller Gefahren für den Frieden. Man muß der Tatsache ins Auge sehen, daß eine gefährliche Dauerkrise für Europa eröffnet ist.

Die Reden der französischen und englischen Staatsmänner, die ein europäisches Gespräch über die Organisation des Friedens einleiten sollten, gingen von dem Gedanken aus, daß Deutschland die Wahl habe zwischen friedlicher Entwicklung und gefährlichem Dauernzustand. Hitler hat seine Wahl getroffen: nicht für die Organisation des Friedens, sondern für die Organisation der Machtpolitik. Das deutsche Volk kann über diese Alternative nicht frei entscheiden. Es ist nicht Subjekt, sondern Objekt der Politik. Hitler hat deutlich genug erklärt: das deutsche Volk bin ich. Sein Wille zur Macht nach innen ist ebenso stark wie sein Wille zur Macht nach außen. Das deutsche Volk steht deshalb in erster Linie vor einer innerpolitischen Alternative: entweder durch die weitere Unterwerfung unter die Diktatur in eine Katastrophe hineingeführt zu werden, oder durch den Kampf um seine Freiheit den Weg zu friedlichen Verhältnissen in Europa und damit zum Aufstieg in Deutschland zu öffnen.

Auf ewig eingekerkert!?

Sozialdemokratischer Protest gegen die Hitlerrede

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht folgende Erklärung:

In der Reichstagsitzung vom 30. Januar hat Hitler den seit vier Jahren ohne Prozeß und Urteil gefangen gehaltenen Führer der kommunistischen Partei Thälmann als »eines der verbrechevollsten Moskauer Subjekte« bezeichnet. In derselben Sitzung hat Göring den Träger des Nobelpreises von Ossietzki »ein mit Zuchthaus bestrafte Individuum« genannt.

Thälmann und Ossietzki haben, als es noch ein freies politisches Leben in Deutschland gab, die Sozialdemokratie bekämpft. Das hindert uns nicht, zu erklären, daß kein Anlaß besteht, ihre persönliche Ehrenhaftigkeit zu bezweifeln. Wenn die gegenwärtigen Machthaber Deutschlands Gefallen daran finden, ihre wehrlosen Opfer öffentlich zu beschimpfen, so kennzeichnen sie damit nur sich selbst.

Neben Thälmann befinden sich aber noch zahlreiche andere Männer der verschiedensten politischen Parteien seit der Machtergreifung Hitlers in Gefangenschaft, unter ihnen Sozialdemokraten wie der ehemalige Ministerpräsident von Braunschweig, Jasper, die Reichstagsabgeordneten Heilmann, Mierendorff, Schumacher, Leber und viele andere untadelige Männer, zum großen Teil Kriegsteilnehmer, die im Felde schwere Verletzungen erlitten haben. Seit Jahren sind sie ihrer Freiheit beraubt und schweren körperlichen und seelischen Mißhandlungen

ausgesetzt. Von ihnen sprach in einer kürzlich gehaltenen Rede der Chef der SS, Himmler, als von »Untermenschen und Rädelführern«, denen sich niemals die Tore der Konzentrationslager öffnen würden.

Im Namen der unglücklichen Opfer und ihrer bedauerenswerten Angehörigen, die ein furchtbarer Druck zum Schweigen zwingt, appellieren wir an die Recht und Freiheit liebenden Menschen der ganzen Welt. Mögen sie nicht aufhören, ihre Stimmen zu erheben, bis sich trotz alledem die Tore der deutschen Gefängnisse und Konzentrationslager öffnen!

Hitler antwortet Blum

Sogar in Versen . . .!

Es ist allgemein aufgefallen, daß Hitler in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar auf die Rede Blums in Lyon nicht eingegangen ist. Unbemerkt blieb, daß die erwartete Antwort schon an anderer Stelle gegeben wurde, nämlich in einem »Bilderbuch für groß und klein«, das Hitlers Busenfreund Julius Streicher jüngst in seinem Verlag erscheinen ließ. Das Bilderbuch trägt den Titel: »Trau keinem Fuchs auf grüner Heid' und keinem Jud bei seinem Eid«. Darin liest man:

Damit den Jud man soll nicht kennen,
Tat er bald anders sich benennen,
Ein Nathan heißt bald Jonathan,
Herr Levin hängt ein »sonc« sich dran,
Der Abraham läßt weg »zwei« »ac,
Sodaß auf einmal »Brahme« steht da.

Doch ganz bescheiden tauscht um
Den Namen sich ein Jud auf Blum.

Sich auf eine Rededuell mit Léon Blum einzulassen, dazu fehlen Hitler alle geistigen Voraussetzungen. Darum läßt er ihn lieber von Streicher »poetisch« erledigen. Geist, Geschmack und internationaler Takt, wie man sie heute im einstigen Lande der Dichter und Denker versteht.

Gau Ausland

Der Leiter des Gaues Ausland der nationalsozialistischen Partei, Bohle, ist zum Chef der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt mit Kabinettsrang ernannt worden, um alle Angelegenheiten der Reichsdeutschen im Ausland zu bearbeiten.

Der Gau Ausland der NSDAP mit dem Sitz in Hamburg ist die Zentrale der alldeutschen Irredenta. Von hier gehen die Fäden nicht nur zu den »Reichsdeutschen im Auslande«, sondern vor allem zu den Organisationen jener Auslandsdeutschen, die Staatsbürger fremder Länder sind. Die Organisation dieses Netzes ist wiederholt durch eingehende Publikationen aufgedeckt worden. Sie arbeitet in den Vereinigten Staaten so gut wie in Südamerika, in den ehemaligen deutschen Kolonien wie in der südafrikanischen Union, in Hollandisch-Indien, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien. Die Veröffentlichungen der spanischen Regierung haben gezeigt, wie diese Organisation zur Vorbereitung des Francoputsches benutzt worden ist, wie sie in Marokko und ganz Nordafrika gearbeitet hat.

Nunmehr sollen »die Gesetze, die bis-

Preisgabe Danzigs?

Der Völkerbundsrat und die Danziger Verfassung

ber nur für die Parteigenossen draußen wirksam waren, als Leitsätze für alle Deutschen im Ausland Geltung haben, nämlich Bekenntnis zu einem aufrechten und zur Mitarbeit bereiten Deutschtum, rückhaltlose Einfügung in die auslanddeutsche Volksgemeinschaft. Es wird ein Monopolananspruch gegenüber allen Auslandsdeutschen erhoben. Sie werden in wenig versteckter Form einer Gesetzgebung unterworfen, die den Ländern fremd ist, in denen sie als Staatsbürger wohnen.

Diese Maßnahme wirft ein Licht auf die Ausführungen der Hitlerrede über die Minderheitenfragen. Hier ist einer jener Punkte, an denen neue Vorstöße des braunen Systems zu erwarten sind.

Die Kolonialfrage

Eine Aufrollung der Kolonialfrage durch das braune System steht unmittelbar bevor. Die deutschen Kolonialforderungen sollen in England offiziell notifiziert werden. Die Parteikonferenz der in England regierenden konservativen Partei hat im Herbst des vergangenen Jahres die Forderung auf Rückgabe der deutschen Kolonien nachdrücklich abgelehnt.

Praktisch ist die Kolonialfrage bereits aufgerollt worden durch das Vorgehen des braunen Systems in Spanien. Es besteht Grund zur Vermutung, daß das braune System seine Intervention in Spanien zu einer Erpressung in der Kolonialfrage benutzen will. Die Ausführungen der Hitlerrede über Spanien waren von solcher Zweideutigkeit, daß alle Hoffnungen, die auf eine echte Politik der Nichtintervention in Spanien gesetzt werden, eitel sind. Das Schicksal des spanischen Volkes ist für das braune System eine Schachfigur im Spiele um die Macht.

Es wird immer klarer, daß wir mitten drin im ersten Stadium des Machtkampfes um die Neuverteilung der Welt sind.

Neue Ehrenliste

Das braune System hat abermals eine große Anzahl von Antifaschisten ihrer Staatsbürgerschaft beraubt. Es sind Sozialdemokraten und Kommunisten, darunter Schriftsteller und Wissenschaftler von Rang. Die Liste umfaßt folgende Namen: Bandmann, Eugen, geb. 7. 5. 1874 in Breslau.

Bieg, Karl, geb. am 17. 2. 1901 in Oethofen.

Birk, Friedrich, geb. am 8. 2. 1894 in Ettlingen.

Bögler, Franz, geb. am 4. 12. 1902 in Speyer.

Borstendörfer, Adolf, geb. am 15. 6. 1893 in Weinberge (Böhmen).

Coenen, Hubert, geb. am 16. 2. 1896 in Birkesdorf.

Creutzberg, August, geb. am 6. 3. 1892 in Fischbach.

Dill, Johann, geb. am 25. 6. 1887 in Brand B.-A. Tachau.

Dill, Erhard, geb. am 28. 4. 1910 in Selb.

Eifinger, Christian, geb. am 22. 11. 1897 in Mainz.

Engels, Heinrich, geb. am 1. 4. 1909 in Wuppertal-Eberfeld.

Florin, Wilhelm, geb. am 16. 3. 1894 in Köln-Poll.

Fritz, Wilhelm, geb. am 16. 2. 1889 in Aachen.

Gellert, Kurt, geb. am 7. 1. 1900 in Hannover.

Groha, Georg, geb. am 1. 1. 1897 in Oberschwarzbach.

Halm Josef, geb. am 15. 1. 1903 in Fierzheim.

Hesper, Theodor, geb. am 12. 12. 1903 in München-Gladbach.

Hoffmann, Charlotte, geb. am 11. 11. 1900 in Wahren bei Leipzig.

Hofmann, Max, geb. am 1. 3. 1891 in Chemnitz.

Jacobsen, Otto, geb. am 5. 3. 1898 in Husum.

Jacobsen, Paula, geb. Slinken, geb. am 6. 9. 1904 in Neumünster.

Jung, Ludwig, geb. am 5. 9. 1901 in Saarbrücken.

Kazmierczak, Anna, geb. Ritzler, geb. am 16. 1. 1896 in Hohenmölsen.

Kilian, Ferdinand, geb. 4. 8. 1900 in Hamburg.

Klausmann, Robert, geb. am 15. 5. 1896 in Essen.

Knigge, Wilhelm, geb. am 16. 12. 1906 in Bremen.

Koll, Otto, geb. am 14. 12. 1905 in Remscheid.

Kreslaus, Hermann, geb. am 27. 2. 1902 in Gelsenkirchen.

Krille, Otto, geb. am 5. 8. 1878 in Börnerdorf.

Kuttner, Erich, geb. am 27. 5. 1887 in Berlin.

Laß, Otto, geb. am 8. 10. 1901 in Elbing.

Lorenz, Peter, geb. am 6. 1. 1894 in Barmen.

Loritz, Johann Baptist, geb. am 23. 8. 1891 in Neustift.

Lüdersdorf, Erwin, geb. am 9. 8. 1906 in Berlin.

Mahmann, Hans, geb. am 22. 9. 1911 in Hamburg.

Malkmus, Theodor, geb. am 7. 5. 1892 in Guben.

Am letzten Tage seiner Januarsession hat der Völkerbundsrat nach langen und wie es heißt, zum Teil recht heftigen Auseinandersetzungen, die in den Tagen vor der Schlußsitzung des Rats hinter verschlossenen Türen vor sich gingen, auch zu der Danziger Frage Beschlüsse gefaßt. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: die Beschlüsse des Völkerbundsrats stellen keine Lösung des Danziger Problems und des Verfassungskonfliktes dar, sie bedeuten eine neue Hinausschiebung der von der Danziger Bevölkerung seit länger als einem halben Jahr erwarteten Liquidierung der verfassungswidrigen und terroristischen Zustände in der Freien Stadt, ja sie bieten nicht einmal eine Garantie dafür, daß der Völkerbund entschlossen ist, alle auch jetzt für ihn noch offenstehenden Wege zu gehen, die zu einer Befriedung der inneren Danziger Verhältnisse führen können.

So erfolgreich der Völkerbundsrat zu gleicher Zeit den mit allen möglichen Gefahrenmomenten geladenen Sandschak-Konflikt beigelegt hat, so wenig ist es ihm gelungen, seine Rechte und Pflichten in Danzig wahrzunehmen, wo sein Prestige im gleichen Maß auf dem Spiel stand als in seiner Vermittlerrolle in dem türkisch-syrischen Streitfall. Allerdings waren die Voraussetzungen für die Beilegung des Sandschak-Konfliktes von denen, die in Danzig vorliegen, wesentlich verschieden: Der Geist der Verständigungsbereitschaft der beiden Partner, der in jenem Konflikt die Aufgabe des Völkerbundes wesentlich erleichterte, kann von allem Anfang an seitens des nationalsozialistischen Regimes in Danzig nicht in Rechnung gestellt werden. Hier kam es darauf an, gegen den Willen der Danziger Regierung dem Recht der loyalen Erfüllung von Verträgen und der Verfassung zum Durchbruch zu verhelfen, die sich die Danziger Bevölkerung aus freiem Entschluß selbst gegeben hat, und deren Rechtsgrundsätze gegen ihren Willen von einer Regierung untergraben worden sind, die sich nur durch brutalsten Terror und durch die Benutzung reichsdeutscher Machtmittel gegen den Volkswillen am Ruder halten kann. Und hier hat der Völkerbundsrat auch in seiner letzten Sitzung noch versagt.

Der Grund für dieses Versagen ist in erster Linie in der Haltung der polnischen Regierung und ihres Außenministers Beck zu suchen, dem bekanntlich in der September-Session des Völkerbundsrates der Auftrag erteilt worden war, die Lage in Danzig und die Frage des Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund zu prüfen und dem Rat Vorschläge für eine Besserung seiner Stellung in Danzig, das heißt, für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu machen. Diese Aufgabe hat die polnische Regierung nicht erfüllt. Sie ist in ihren Verhandlungen mit dem Danziger Senat, die wochenlang vor Stattfinden der Ratsitzung geführt wurden, vor der nationalsozialistischen Methode des Vertrags- und Rechtsbruchs zurückgewichen für den Preis weniger Zugeständnisse des Danziger Senats in bezug auf die Aufrechterhaltung der polnischen Rechte in Danzig. Minister Beck legte dem Völkerbundsrat einen Bericht vor, in dem er empfahl, einer Zusicherung des nationalsozialistischen Senats, seine künftigen Beziehungen zu einem neu zu ernennenden Hohen Kommissar auf das völkerrecht-

liche Statut des Freien Staats zu basieren, Vertrauen zu schenken. Jedoch, so verlangte Beck weiter, solle der neue Hohe Kommissar sich in Zukunft nicht in die inneren Verwaltungsangelegenheiten des Freien Staats Danzig mischen und den Informationen des Senats vor allem anderen Achtung schenken.

Dieser von Polen vorgeschlagenen Regelung des Danziger Problems hätte im Falle der Billigung Genfs nichts anderes bedeutet als die offene Kapitulation des Völkerbundes vor dem Gewaltregime des Danziger Senats, einen Verzicht auf die Garantie der Danziger Verfassung durch den Völkerbund und eine endgültige Auslieferung der Danziger Bevölkerung an den nationalsozialistischen Terror. Das für die Vorprüfung der Danziger Fragen vom Völkerbundsrat eingesetzte Dreierkomitee, dem die Außenminister Englands, Frankreichs und Schwedens angehören, hat dieses Ansinnen des polnischen Außenministers dann auch abgelehnt. Es hat jedoch keine andere Lösung des Danziger Verfassungskonfliktes gefunden als die Vertagung ihrer Lösung, wobei in dem von dem Dreierkomitee dem Rat vorgeschlagenen Bericht jedoch erneut die Aufgabe des Völkerbundes als Garant der Danziger Verfassung auch wieder anerkannt wird.

Der Bericht des Dreierkomitees, der schließlich auch vom Rat des Völkerbundes gebilligt worden ist, läßt im übrigen das nicht zu leugnende Versagen des Völkerbundes in der Danziger Frage deutlich erkennen. Wenn auch der Bericht zum Ausdruck bringt, daß die Verfassungsgarantie einen integrierenden Bestandteil des Danziger Senats darstellt, wenn weiter festgestellt wird, daß dem Hohen Kommissar das Auskunftsrecht in allen Fragen der Verwaltung vom Senat nicht geschmälert werden darf, und der Senat verpflichtet ist, in jedem Fall Auskunft zu geben, so findet sich doch auch in dem Bericht die resignierte Bemerkung, daß der Völkerbund die Garantie der Danziger Verfassung bestimmt nicht außer acht lassen will, »so lange, wie das möglich ist«.

Der Völkerbundsrat hat sich auch entschlossen, einem neuen Hohen Kommissar für Danzig zu ernennen, nachdem der bisherige Hohe Kommissar Lester also beigeordneter Generalsekretär in das Völkerbundssekretariat eingetreten ist. Es hat über die Frage der Ernennung eines neuen Hohen Kommissars jedoch sehr lebhaftes Erörterungen gegeben. Gewiß, und gerade solche Kreise, die als die treuesten Verfechter internationaler Rechtsgrundsätze und unbedingt ergebene Anhänger des Völkerbundes bekannt sind, haben ernstlich die Frage erwogen, ob es angesichts des Verhaltens der polnischen Regierung, die dem Völkerbund jede Aktion in Danzig erschwert und dadurch die Stellung des Völkerbunds kommissars in Danzig außerordentlich schwächt, nicht vernünftiger wäre, die Stelle des Hohen Kommissars in Danzig überhaupt nicht mehr zu besetzen. Man hat schließlich diesen Gedanken zunächst verworfen, das Dreierkomitee hat in seinem vom Völkerbund gebilligten Bericht jedoch offen erklärt, daß der neue Hohe Kommissar zunächst zu prüfen haben wird, ob er überhaupt in der Lage sein wird, seine Aufgaben in Danzig zu erfüllen. Es

heißt, daß der polnische Außenminister angesichts solcher Erwägungen außerordentlich betroffen war, da er, der selbstverständlich die Funktion des Hohen Kommissars als Vermittler zwischen Danzig und Polen unbedingt gewahrt wissen will, im Falle der Nichtbesetzung des Danziger Völkerbundsposten in die Lage versetzt würde, Danzig und dem Dritten Reiche allein gegenüber zu stehen und dann die Suppe auslöffeln müßte, die er selbst eingebrockt hat. In polnischen politischen Kreisen ist die Gefahr, die diese Frage für Polen in sich schließt, denn auch richtig erkannt worden.

Die »Erfolge« der Vermittlertätigkeit Becks in Genf, von denen am ersten Tage die Warschauer Regierungspresse noch zu berichten wußte, haben sich der polnischen Öffentlichkeit sehr rasch in einem außerordentlich zweifelhaften Licht dargestellt.

Was die Person des neuen Hohen Kommissars betrifft, so hatte man sich zunächst auf den holländischen Vizeadmiral de Graaff geeinigt. De Graf hat aber auf Anraten seiner Regierung das schwierige Amt ausgeschlagen. Das Dreierkomitee ist nun vom Völkerbundsrat ermächtigt worden, gemeinsam mit dem polnischen Außenminister einen neuen Kandidaten zu suchen. Seine Wahl durch das Dreierkomitee gilt als Ernennung durch den Völkerbundsrat, so daß der neue Mann unverzüglich sein Amt antreten könnte.

Das Unverständliche und Bedauerliche ist, daß der Beschluß des Völkerbundsrates mit keinem Wort zu den zahllosen Verfassungsbrüchen in Danzig, zu einer ganzen Reihe von inzwischen vom Senat erlassenen verfassungswidrigen Verordnungen und zu der Frage, was mit den zahlreichen in Danzig eingekerkerten Führern und Funktionären der Danziger verfassungstreuen Parteien werden soll, Stellung nimmt. Er erwähnt mit keinem Wort die verfassungswidrige Auflösung der Danziger Sozialdemokratischen Partei durch die Danziger Gestapo, er spricht auch nicht von dem Verbot sämtlicher nicht-nationalsozialistischen Danziger Zeitungen. Aber diese Fragen, die eigentlich zur Debatte standen, und für deren Lösung Versuche bereits in Genf hätten gemacht werden müssen, sind offen geblieben. Es wird nun die Aufgabe des Hohen Kommissars sein, sie zu prüfen und dem Völkerbundsrat zu berichten.

Der erfreulichste Beschluß, zugleich der einzige, der einen praktischen Ansatzpunkt zur Lösung des Danziger Verfassungskonfliktes enthält, ist die Aufrechterhaltung der Einrichtung des Dreierkomitees. Auch in Zukunft werden die Außenminister Englands, Frankreichs und Schwedens die Entwicklung in Danzig zu verfolgen und zu überwachen haben. Die Kompetenz dieses Dreierkomitees ist sogar noch insoweit erweitert worden, als in Zukunft ihm und nicht dem Hohen Kommissar die Aufgabe und das Recht zusteht, zu beantragen, Danziger Fragen auf die Tagesordnung einer Ratsitzung zu setzen. Somit hat ein Teil der Aktivität, die inzwischen allerdings leider notwendig geworden ist, von den genannten drei Mächten auszugehen, die, falls sie sich zu solchen Anträgen entschließen, ihren Willen natürlich leichter durchzusetzen vermögen als der Hohe Kommissar, dessen Haltung in Zukunft kaum weniger schwierig sein wird als bisher.

Was die nächste Zukunft Danzigs betrifft, so läßt sich darüber schwer ein Urteil bilden. Wie wenig Hoffnung aber besteht, daß der nationalsozialistische Senat, die von ihm beschworene Verfassung beachten wird, geht schon aus der Erklärung hervor, die der Senatspräsident Greiser vor dem Völkerbund abgab. Greiser, der diesmal auf die lange Nase und sogar auf das sonst obligatorische »Heil Hitler« verzichtete, erklärte: »Die Grundlage (!) dieses Berichts wird mir erlauben, mit dem neuen Hohen Kommissar in voller Loyalität zusammenzuarbeiten...« Mit der Grundlage des Berichts des Dreierkomitees meinte er nichts anderes als den Bericht des polnischen Außenministers Beck, der bekanntlich empfahl, daß der Völkerbund auf die Garantie der Danziger Verfassung mehr oder weniger offen verzichten sollte!

Mikisch, Johann, geb. am 6. 12. 1898 in Grohn.

Niederberger, Gustav, geb. am 2. 3. 1895 in Heidelberg.

Okon, Theodor, geb. am 9. 11. 1894 in Janow.

Petry, Peter, geb. am 2. 8. 1900 in Sinzig.

Rosenberg, Arthur, geb. am 19. 12. 1889 in Berlin.

Rosenfeld, Martin, geb. am 13. 11. 1893 in Krotoschin.

Sonnenberg, Martin, geb. am 3. 5. 1897 in Goßlershausen.

Schäfer, Kurt, geb. am 11. 10. 1900 in Hamburg.

Schällocke, Fritz, geb. am 19. 10. 1899 in Berlin.

Schaffrath, Friedrich, geb. am 18. 10. 1911 in München-Gladbach.

Schmidt (Kirchner-Schmidt), Hanna, gesch.

Kirchner, geb. Stunz, geb. am 24. 4. 1889 in Frankfurt a. M.

Schneider, Josef, geb. am 23. 3. 1896 in Pirmasens.

Scheinmeyer, Hermann, geb. am 16. 8. 1858 in Dalherda.

Wachter, Franz, geb. am 5. 4. 1908 in Besseringen.

Ziehm, Alfred, geb. am 10. 2. 1896 in Dresden.

Wie schamhaft mitgeteilt wird, sind auch »eine größere Anzahl von Familienangehörigen« ausgebürgert worden.

Friedenspropaganda

Der Gauleiter von Halle-Merseburg, Jordan, hielt in Königsberg eine große Rede und sagte bei dieser Gelegenheit laut Bericht:

»Der Endkampf in der Welt ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Es gibt nur eine Lösung, und die läßt in Europa nur Raum für eine Weltanschauung — von den ringenden Mächten muß eine siegen, muß die andere unterliegen, entweder Bolschewismus oder anständige Völker.«

So sprechen die »Angegriffenen« von morgen.

Hitlers »Bevölkerungsschlacht«

Das schimpfliche Ende eines ungeheuren Systemrummels

Eine der »gewaltigen Leistungen« seines Dritten Reiches, für die sich der »Führer und Reichskanzler« zu Beginn seiner gouvemenentalen Laufbahn nicht zu knapp bemessene Vorschußloberbeeren streuen ließ, war bekanntlich um 1933 und 1934 herum die große »Bevölkerungsschlacht«, mit der ein erleuchteter Genius das italienisch-faschistische Vorbild Mussolinis zu kopieren gedachte. Berge von Traktätchen wurden von der regierenden Partei, der SA und der Hitler-Jugend monatelang verteilt, die nachzuweisen hatten, daß Deutschland nicht zu viel, sondern viel zu wenig Einwohner habe. Die SA insbesondere war, erst recht, nachdem Röhm und seine Aspirationen blutig genug liquidiert worden waren, zu einem immensen Heiratsvermittlungsbüro geworden. Wer das braune Hemd trug, brauchte nur bei den Nazi-Behörden das Händchen hinzuhalten und bekam seine »Ehestandbeihilfe« ohne jede weitere Kontrolle seiner sonstigen Qualifikation. Das von oben dekretierte Revolutionsfieber machte vor keinem einzigen Schlafzimmer, vor keinem Familienbett Halt; es galt ja, die »biologische Substanz« der neuen »Volksgemeinschaft« zu sichern und anders wie mit einer richtigen »Schlacht«, eben mit der »Bevölkerungsschlacht« tat es nun einmal der braune Massenbetrieb auch in diesen privaten Bezirken des menschlichen Nebeneinanders nimmer.

Die »Bevölkerungsschlacht« ist geschlagen! Rauschzustände der organisierten Unzulänglichkeiten sind längst dem Meckerertum des Katzenjammers gewichen. Was hat der große Rummel erreicht? Die Frage beschäftigt jetzt die zuständige deutsche Ständeamt- und Bevölkerungsstatistik. So gleichgeschaltet wie auch ist, vermag sie doch nicht den ganz jämmerlichen Zusammenbruch einfach zu verschweigen. Hier die entsprechende zahlenmäßige Beurkundung:

Im Jahre 1935 beginnt die deutsche Bevölkerungsbewegung wieder in ihren regelmäßigen Verlauf einzubiegen. Das, nachdem sie im Jahre 1934 durch die außergewöhnliche Anhäufung von Eheschließungen und durch die starke Zunahme der Geburten ein besonderes Gepräge erhalten hatte. Im Deutschen Reich wurden im Jahre 1935 insgesamt 650.851 (1934: 739.449) Ehen geschlossen — das sind 12 Prozent weniger, als im Vorjahr. Die auf 1000 Einwohner errechnete Eheschließungsziffer ergibt sich hieraus für das Jahr 1935 mit 9,7 (1934: 9,7) gegenüber 11,1 im Jahre 1934. Der Rückgang wirkte sich im Jahre 1935 in den Großstädten, die während der Aufwärtsbewegung im Jahre 1934 die stärkste Zunahme aufzuweisen hatten, stärker aus, als in den Landgemeinden. So wurden in den Großstädten im Berichtsjahr 14,1 Prozent, in den Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnern 10,4 Prozent weniger Ehen geschlossen als im Vorjahr. Die Nachholung der unterlassenen Zeugungen, und zwar in den kinderarmen oder kinderlos gebliebenen älteren Ehen, die zu einem starken Anstieg der Geburtenziffern im Jahre 1934 mit beigetragen hatten, fanden im ersten Halbjahr 1935 im wesentlichen ihren Abschluß. Mit dem Fortfall dieser zusätzlichen Geburtenanhäufung trat im dritten Vierteljahr 1935 wieder ein Rückgang der Geburtenzahlen ein; zum Teil trug auch bereits die im vierten Vierteljahr zu beobachtende verminderte Heiratshäufigkeit zu dieser Feststellung bei. Der jahreszeitliche Ausfall der Zeugungen während der Wintermonate und infolge der zahlreichen Erkrankungen an Grippe haben den Rückgang noch erheblich verstärkt. (Aus »Deutsche Medizinische Wochenschrift« Nr. 4 ds. Jgs.)

Die Sprunghaftigkeit der hier mitgeteilten Zahlen ist horrend und grotesk. Die »Ehehäufigkeitsziffer« ist noch weniger wie die Geburtenziffer eines Volkes an Varianten gewöhnt, die hier sogar bis zu 15 Prozent in einem einzigen Jahr, also bis zu Verminderungen um fast ein Sechstel auschlagen; in normalen Zeiten, von Wirtschaftskonjunktur und Wirtschaftsdpression abhängig, differieren die Einzelziffern höchstens um Bruchteile eines Prozentes, und auch das verteilt auf viel längere Zeiträume. Höchstens der Weltkrieg hat in der deutschen Bevölkerungsbewegung ähnliche Abweichungen erzeugt. Um so mehr leuchtet aber das Manische und Verkrampfte der »Revolutions«-Erscheinung aus den Bankrott-Zahlen hervor. Was aber schon 1935 war — was wird sich erst im Jahre 1936 mit ungleich schwierigeren Wirtschaftsverhältnissen für das System abgespielt haben?

Nun ist es freilich klar: gerade gegenüber den Intimitäten des menschlichen Daseins ist der widernatürliche Krampf und Zwang, der aus der »totalen Staatsidee« der Hitlerer erwächst, noch am wenigsten aufrechtzuerhalten; hier hat immer er den aller kürzesten Atem. So geht der Zusammenbruch der Hitlerschen »Bevölkerungsschlacht«

ganz naturgemäß allen anderen Fallasementen seines Systems voran. Aber ob die »Ernährungsschlacht«, ob die »Robstoffschlacht« und wie alle anderen Groß-Vorgewaltigungen der Vernunft und ihrer Gesetze durch das System, die einen höheren Grad des Einsatzes physischer Gewaltmaßnahmen gestatten, zugereterletzt anders enden werden?

H. E.

Fast fünfzigtausend Deutsche »zu viel« gestorben!

Es gespenstert in der deutschen Bevölkerungstatistik 1935.

Nunmehr, da die amtlichen Zahlen der deutschen Bevölkerungsbewegung des Jahres 1935 vorliegen, kommt es an den Tag, daß fast fünfzigtausend Deutsche (genau 43.500!) in diesem Berichtsjahr statistisch, aber dann eben auch physisch sozusagen, »zuviel« gestorben sind... Das heißt: auch wenn man alle glaubhaften und ungläubhaften Gründe der gleichgeschalteten Statistik gelten läßt, daß es darum und auch darum ein beträchtliches Mehr an Todesfällen »natürlicherweise« in jenem dritten Jahr der Hitlerer geben mußte, sind doch diese Gesamtbewohner einer größeren deutschen Mittelstadt immer noch eines ganz und gar »unnatürlichen«, schlechterdings rätselhaften Todes gestorben! So verhält sich nämlich das gespenstische Phänomen unter den »Erwünschenschaften« der Diktatur:

Im Jahre 1935 starben in Hitlerdeutschland genau, wie die jetzt reichsamlich vorliegenden Zahlen ausweisen, 791.912 Menschen. Im Vorjahr 1934 waren es aber nur 724.668 Personen, deren sich die Totengräber erbarmen mußten — ein »Uberschuß« von 67.246 Toten also! Nun kann das zwar manchmal um ein halbes Prozent und, wenn es große Seuchen gegeben hat, auch um ein oder gar zwei Prozent differieren — den Ausnahmefall eines natürlich glorreichen Krieges hier einmal beiseite gelassen — aber gleich genau zehn Prozent mehr?! Da heißt weder »Zufälle« noch Schreibfehler; hier gehen Gespenster um...

Die gleichgeschalteten Statistiker, Herr Wagemann voran, haben nun, wie ein Blick in die in-Frage kommende reichsdeutsche Fachpublizistik dieser Tage überzeugen konnte, sich hingesetzt und mühsam rech-

nend über das Gespenst nachgedacht. Ergebnis: Ein »natürliches« Mehr von rund 23.700 Sterbefällen ist als »strukturelle« Zunahme zu werten; ein weiteres Mehr von rund 15.000 Fällen erklärt sich durch die stärkere Besetzung der höheren Altersstufen und schließlich wollen die Wagemänner auch noch rund 3700 mehr gestorbener Säuglinge durch Anwachsen der Säuglingsterblichkeit zufolge der (freilich mittlerweile schon wieder längst abgestoppten) Geburtenzunahme konzedieren. Summa summarum: bleiben immer noch rund 43.500 »strukturelle« nichtlegitimierter Leichen auf der Verlustliste des Dritten Reiches! »Eine beträchtliche tatsächliche Erhöhung der deutschen Sterblichkeit« wehklagt deshalb auch mit Ausrufezeichen die Berliner »Med. Wochenschrift« (Heft 4, 1937). Sie berechnet die Prozentzahlen und kommt auf 11,8 Sterbefälle pro 100 Einwohner im Jahresdurchschnitt statt des vorjährigen von 10,9. Warum es aber so geistert rings um die deutschen Friedhöfe, wird leider auch noch nicht einmal andeutungsweise untersucht.

Da muß man freilich denn ein wenig nachhelfen. Und da erinnert man sich zum Beispiel, daß der Jahresbericht der deutschen Krankenkassen über das in Frage kommende Jahr 1935 ja schon seit Oktober vorigen Jahres vorliegt. Darin steht es schwarz auf weiß und ohne die geringste »falsche« Sentimentalität, daß bei ihnen im Jahre 1932 die Zahl der Todesfälle auf je 100 zahlende Mitglieder noch um 32 Prozent niedriger gewesen ist, als 1935. Dafür waren damals freilich auch noch rund 40.000 Aerzte bei den Krankenkassen beschäftigt; jetzt — seit Hitler — sind es noch 30.500. Jeder von ihnen hat nun 600 Versicherte gegen 450 früher zu betreuen. 1932 wurden auf einen Krankheitsfall noch für 3,46 Reichsmark Arznei verwendet; jetzt sind es gerade noch 3,00 Mark. Bei der Einweisung in die Krankenhäuser und noch auf so manchen anderen Gebieten der Sorge um die wirkliche Volksgesundheit genau dasselbe Bild des Abbaues auf der ganzen Linie! Warum auch nicht? Wenn Kanonen wichtiger sind als Butter, sind sie bestimmt auch wichtiger als Tuberkulosen oder Krebsbestrahlungen. Nur mit Gesunden führt man ja den nächsten Krieg; die anderen setzen wir schon jetzt auf die Verlustliste — basta! Nun ja — rund 50.000

Namen von auf diesem Felde der Ehre Gefallener befinden sich bereits drauf. Und dabei ist die von 1936 erst noch im Druck...

Entkräftete Vorkriegsjugend

»Warnende Zeichen« — Drill und Hunger tun ihre Wirkung.

Im »Deutschen Aerzteblatt« wagt ein Mediziner seine warnende Stimme zu erheben:

»Vorhandene Zahlen zeigen, wenn sie auch nur mit gewissen Vorbehalt verallgemeinert werden können, da sie hauptsächlich Verhältnisse in Großstädten und Industriegebieten behandeln, daß ein erheblich großer Prozentsatz der Jugendlichen an Gesundheitsstörungen und Minderung der Leistungsfähigkeit leidet und daß dieser Satz in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat.«

Von »Jahrzehnten« zu reden, wenn man vier Jahre meint, ist neuerdings bei allen Kritikastern Mode geworden. Sie hoffen sich auf diese Weise kugelsicher zu machen. Aber die nachfolgenden Sätze erweisen klar, worum es sich in Wahrheit handelt, denn eben der neudeutsche Kinderdrill hat — gemeinsam mit der Unterernährung — die folgenden Erscheinungen gezeltigt:

»Besonders zu beachten sind die verhältnismäßig häufigen Herzstörungen, deren Prozentsatz zwischen 13 und 18 schwankt. Davon sind etwa 2 bis 4 Prozent organische Herzfehler. Die Zahl dieser Kreislaufkrankungen der Jugendlichen ist größer als bei den entsprechenden Altersgruppen vor dem Kriege (und vor 1933. »N. V.«). Ein warnendes Zeichen sind auch die Zahlen der funktionellen Nervenerkrankungen, die zwischen 2 und 8 lägen. Es kann überhaupt allgemein beobachtet werden, daß die Kreislauf- und Nervenerkrankungen einen größeren Raum einnehmen als die Tuberkulose.«

Das »Deutsche Aerzteblatt« hätte noch hinzufügen können (aber nicht dürfen), daß diese Tatsachen schon jetzt in Reichwehrcreisen ernsthaft diskutiert werden. Die »Ertüchtigung« vom 6. Lebensjahr an geht immer mehr auf Kosten der Kriegstüchtigkeit.

Pst!

Die deutschen Zeitungen fordern:

»Wenn mit Hinweis auf die Rohstoffknappheit der Käufer ermuntert, oder mit ausländischen Stoffbezeichnungen Reklame gemacht wird, ist der Name des Hausierers sofort dem zuständigen Polizeirevier zu melden.«

Denn wenn von der Rohstoffknappheit nicht geredet werden darf, gibt es keine.

Ein Ordensburg-Ritter

Pg. Karwahne.

Den Pg. Karwahne hat sein Intimus Ley kürzlich avancieren lassen. Er ist feierlichst zum Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront Gau Südhannover-Braunschweig ernannt worden. Das ist ein feiner Posten mit viel abgelagertem Geld in den Kassen. Keiner paßt so gut hin, wie sicherlich Pg. Karwahne. Dazu ist er der kühnste Beweis dafür, wie »der Führer und Reichskanzler« die »Post des Bolschewismus« vom sich gegen den Liebesdienst nun einmal sträubendem Europa fernhält...

Denn Pg. Karwahne war ja mal unter den Kommunisten oder doch unter denen, die sich nach dem Umschiff von 1918 so nannten, eine Art Räuberhauptmann des zielbewußten Klassenkampfes, wie er ihn verstand. Er war in jenen tumultuösen Jahren eine Art Dauerkondottieri des Hannoverschen wilden »Erwerbslosenrates«; und noch stehen die verschiedenen Postämter und Wohlfahrtskreistellen, die Pg. Karwahne mit stürmender Hand genommen hat, angeblich, um »den Erwerbslosen zu ihrem Recht zu verhelfen«. Da er selbst damals Dauererwerbsloser war, gelangte das bare Recht natürlich zunächst an ihn selbst. Die Akten des Oberstaatsanwaltes seiner Wirkungsstätte Hannover dürften noch voll der Karwahneschen praktisch-kommunistischen »Aktionen« sein, wenn sie nicht eine verständnisvolle braune Hand jetzt längst gelöscht hat. Schließlich wurde Karwahne sogar den Kommunisten unter Ruth Fischer so peinlich, daß sie ihn 1925 aus ihrer Partei wegen Unterschlagung von Erwerbslosengelder brüsk hinauswarfen!

Aber Pg. Karwahne litt's nun einmal nicht, auf einmal nicht mehr ein Mann des öffentlichen Lebens sein zu dürfen. Hitler brauchte grade damals handfeste Leute in seinen Saalschlachten, die ihn schon so machte als den großen Feldherrn Deutschlands erkennen ließen. Karwahne wurde also seine erste Errungenschaft im »proletarischen« Revier. Nun kam mit ihm wirklich zum bereits massenweise eingefangenen

»Arbeiter des Hirns« auch der »Arbeiter der Faust«: Karwahne!

Pg. Karwahne kam auf die Reichstagsliste der NSDAP! Bei drohenden Schlägereien im Wallotbau zwischen den heroischen Figuren ganz links und ganz rechts blieb ihm besonders die »direkte Aktion« (siehe: wie früher!) vorbehalten. Dann half er das Dritte Reich im Vortrab der berufensten Bauherren gründen. Denn: um ein Haar wäre der stolze Bau schon kaum nach seiner Grundsteinlegung wieder zusammengeklirrt, wenn die ominöse Geschichte um den Reichstagsbrand aufgekommen wäre. Zwar hatten sie schon den van der Lubbe gegriffen; und den Dimitrow und den Popoff und den Torgler auch. Klar wurde die Sache damit aber mit nichten; und der unterirdische Gang, der zu Görings Präsidentenwohnung und zu seiner SS-Leibwache führte, blieb ein unterirdischer Gang, den kein Reichsgericht mit Löschpapier ganz zudecken konnte. Das war nun die historische Stunde, da sich in schwerer Not und bei hohem Seegang das Dritte Reich eben seines Karwahne erinnerte! Er kam, sah und siegte — und auch das wieder durchaus in »direkter Aktion«. Trat nämlich geweckt vor die roten ehrwürdigen Talare des höchsten deutschen Gerichtshofes, hob die schwelge Hand in die Höhe und schwur mit markiger Kämpferstimme: Jawohl, ich habe den Torgler mit Popoff und später mit van der Lubbe gesehen beim Komplott der Brandstiftung. Das war Mittwochs, Donnerstags (der Prozeß ging weiter) stellte selbst der Vorsitzende fest, daß Pg. Karwahne einen soliden Meinelid geschworen haben mußte. Er wurde nicht verhaftet, aber dafür der van der Lubbe geköpft. Doch das sind eben jene »Errungenschaften«, die Europa vor der bolschewistischen Pest bewahren. Wer es anders versteht, wird erschossen.

Ein, wie man so sagt, gemachter Mann war der frühere Klassen- und jetzt Rassenkämpfer Karwahne jetzt auf jeden Fall. Als

Ley in die Gewerkschaften einbrach, übernahm Karwahne die »Führung« des deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Die hatten auch ein gewerkschaftliches Fachblatt gehabt, das sich »Der Fabrikarbeiter« nannte. Jetzt erschien das Blatt zur guten Hälfte angefüllt ausschließlich mit schönen Photos von Pg. Karwahne — monatelang! »Pg. Karwahne besichtigt die Zuckerfabrik Niederschlema« (mit »Besichtigungen« hatte er es überhaupt in seinem neuen Amt zu tun!) — »Pg. Karwahne drückt dem Gefolgschaftsführer der Ziegelei Schmidt Gebr. in bekannter Leutseligkeit die Hand.« — »Pg. Karwahne schenkt eine Zigarre dem ältesten Verbandsmitglied in Ottendorf.« — »Pg. Karwahne...« Kurz, immer blieb der »alte Kämpfer« (nach den Photos mit mindestens zweihundert Pfund nunmehr ordentlich gepflegten Lebendgewichts) bei seiner bewährten Methode der »direkten Aktion«. Aber auch das Wohlfahrtsamt von Hannover (daselbe, das er einmal gestürzt hatte) verwaltete er einmal nach der Hitlerer. Aber das freilich hat noch kein Vierteljahr gedauert, da mußte er das »Desernat« wieder abgeben. Das war eben nichts für einen Mann der »direkten Aktion«; und die Kasse stimmte nachher auch nicht...

Pg. Karwahne hat natürlich das »goldene Ehrenzeichen der Partei«. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet jetzt, daß dieses nunmehr auch der Freiherr von Neurath, der immer noch im Gotha steht, von Hitler bekommen habe, nachdem er dieser Tage, nach Aufhebung der Mitgliedsperre, endlich nach so langer Wartezeit in die Partei aufgenommen werden konnte. Was muß es doch für so einen Frohberrn (im Gotha) für ein absolut beseligendes Gefühl sein, da sich jetzt die Sporen der Gleichberechtigung verdient zu haben. Das heißt: Pg. Karwahne hat's nun einmal länger als der Baron; und damit folgert sich auch alles in bezug auf die eigentliche Rangstufe...

F. E. Roth.

Die Aussichten des deutschen Exports

Die Exportschlacht des Jahres 1936 verloren

Nunmehr liegen die Außenhandelsziffern für Dezember vor. Danach hat sich die Ausfuhr um 35 Millionen oder mehr als 8 Prozent auf 457 Millionen Reichsmark gegenüber dem Vormonat erhöht: im Dezember 1935 betrug die Erhöhung nur 4 Prozent. Es handelt sich also um eine ziemlich beträchtliche Steigerung. Jedoch bemerkt der amtliche Bericht selbst, daß es sich zweifellos um eine jahreszeitliche Erscheinung handle, zumal offenbar auch eine Reihe größerer Lieferungen (Maschinen, Kohlen) die vor Jahreschluß noch ausgeführt worden sind, eine Rolle gespielt hatten. Der Bericht fügt deshalb auch vorsichtigerweise hinzu, daß für den Januar unabhängig von der an sich schon rückgängigen Saisontendenz ein Rückschlag in der Ausfuhrentwicklung zu erwarten sei. Viel geringer war die Erhöhung der Einfuhr. Sie beträgt 367 Millionen RM. und ist gegenüber dem Vormonat um nur 11 Millionen oder rund 3 Prozent gestiegen. Der Ausfuhrüberschuß beziffert sich demnach auf 90 Millionen RM. und ist der höchste in allen Monaten des abgelaufenen Jahres. Die Einfuhr hat der Menge nach noch weniger zugenommen als ihr Geldwert, denn für Nahrungsmittel und Rohstoffe waren durchschnittlich etwas höhere Preise zu bezahlen. Es ist charakteristisch, daß sich trotz der zunehmenden Knappheitserscheinungen die Einfuhr von Nahrungsmitteln im ganzen wenig geändert hat, so daß die Zunahme der Einfuhr vor allem den Rüstungsrohstoffen zugute gekommen ist.

Bei der Ausfuhrsteigerung stehen Maschinen (+7,6), Düngemittel (+4,1) und Steinkohlen (+4,0) an der Spitze. Aber auch in der Ausfuhr von Schwereisen-erzeugnissen und Eisenwaren ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Auf die Bedeutung dieser Änderungen kommen wir noch zu sprechen.

Das Jahresergebnis zeigt folgendes Bild: 1936 betrug die Einfuhr 4218 (1935 4159) Millionen RM., die Ausfuhr 4768 (4270) Millionen. Der Ausfuhrüberschuß stieg von 111 auf 550 Millionen. Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß angesichts der Schwierigkeit der deutschen Versorgung die Gestaltung der Einfuhr das entscheidende Kriterium darstellt. Wertmäßigkeit ist die Einfuhrsumme ganz geringfügig um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht worden. Da aber die Einfuhrpreise namentlich in der zweiten Jahreshälfte beträchtlich gestiegen sind — die amtliche Statistik enthält über den Durchschnittssatz dieser Steigerung noch keine Angaben —, so hat die Einfuhr mengenmäßig noch nicht einmal die geringe Einfuhr des Vorjahres erreicht. Dabei zeigt sich das völlige Versagen der nationalsozialistischen Agrarpolitik darin, daß bei einer Gesamtsteigerung der Einfuhr um 59 Millionen die ernährungswirtschaftliche Einfuhr allein um 64 Millionen — also auf Kosten der übrigen Einfuhr — gesteigert werden mußte.

Umgekehrt bedeutet die Steigerung des Werts der Ausfuhr um 12 Prozent eine noch stärkere mengenmäßige Zunahme, da der Preisdurchschnitt für die deutschen Ausfuhrwaren billiger war als im Vorjahr. Es mußten mit anderen Worten dem Auslande für dieselbe Geldeinheit mehr Waren zur Verfügung gestellt werden als früher. Dabei muß man sich noch vergegenwärtigen, daß diese Ausfuhr nur erreicht werden kann durch die künstliche Verbilligung der Ausfuhrpreise. Rund eine Milliarde Mark muß die deutsche Wirtschaft an Exportprämien zahlen, um auch nur diese ungenügende Ausfuhr möglich zu machen.

Der Ausfuhrüberschuß von 550 Millionen — 439 mehr als im Vorjahr — hat also nur bewirken können, daß die Einfuhr wertmäßig um 59 Millionen gestiegen und mengenmäßig sogar gesunken ist. Erinnert man sich, daß die Warenschulden, die Deutschland auf Grund der Verrechnungsabkommen im Jahre 1935 bei den verschiedensten Ländern gemacht hatte, auf ihrem Höhepunkte fast drei Viertel Milliarden betragen, daß der Aufwand für die Zahlungen an die Finanzgläubiger 1936 noch rund eine Viertelmilliarde betragen haben dürfte, so wird es ohne weiteres klar, warum von der vermehrten Handelsbilanz so wenig für die Steigerung der Einfuhr übriggeblieben ist. Denn ein Teil der alten

Warenschulden mußte auf den Druck der Länder hin abgezahlt werden, und neue Schulden zu machen, wird für Schacht immer schwieriger. Der deutsche Export müßte um mehr als eine Milliarde steigen, um einen Umfang der Einfuhr zu ermöglichen, der wenigstens die dringendsten Versorgungsschwierigkeiten ein Ende setzt.

Sind dazu Aussichten vorhanden? Der rasche Anstieg der Weltkonjunktur scheint auch dem deutschen Export gewisse Chancen zu geben. Der Investitionsbedarf in einem großen Teil der Welt hat z. B. zu einer stürmischen Nachfrage nach Eisen und Stahl zu steigenden Preisen geführt, und die deutsche Eisenindustrie kann von der gebesserten Weltlage Nutzen ziehen. Die Maschinenindustrie Englands ist so beschäftigt, daß England Aufträge für Werkzeug- und andere Maschinen nach Deutschland legen mußte. Es ist nur ein pikantes Detail, daß diese deutschen Maschinen für die neuerrichteten englischen Rüstungsfabriken gebraucht werden, was aber für die Friedenserhaltung noch immer nützlicher ist als wenn sie den Bedarf der deutschen Aufrüstung arbeiteten. In Belgien, in Holland, zum Teil auch in Frankreich, herrscht dringender Kohlenbedarf, der die deutsche Kohlenausfuhr begünstigt. Erhöhten Export zu anziehenden Preisen kann auch der steigende Verbrauch der Landwirtschaft an Düngemitteln und die Verringerung der spanischen Kaliförderung der deutschen Düngemittel- und Kaliindustrie bringen. Das früher erwähnte Ausfuhrergebnis vom Dezember zeigt in der Tat das Vorhandensein solcher die deutsche Ausfuhr begünstigenden Tendenzen.

Dem stehen aber andere ungünstige Faktoren gegenüber. Vor allem sind bis-

her die Preise der Rohstoffe viel stärker gestiegen als die der Fertigwaren, die für den deutschen Export die entscheidende Rolle spielen. Und diese Tendenz dürfte in der nächsten Zeit noch anhalten. Für Exportwaren genügen auch nicht die deutschen Ersatzstoffe, da muß schon echte Ware geliefert werden. Gerade so wichtige Industrien wie die Eisen- und Stahl-, die Maschinen- und Elektrizitätsindustrie sind von ausländischen Rohstoffen abhängig. Die Ausdehnung der deutschen Eisenindustrie z. B. stößt an die Schranke der Eisenerzversorgung, die um so schwerer zu durchbrechen ist, als der Ausfall der spanischen Lieferungen und die neuerdings stärker hervortretende Konkurrenz Englands um das schwedische Erz sowohl die Preise heraufreibt als die Versorgung auch mengenmäßig erschwert. Dazu kommt die ständige Steigerung der deutschen Produktionskosten durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, die zum Verkauf unter den Selbstkosten zwingt, so daß eine Steigerung des Exports nicht nur volkswirtschaftlichen Substanzverlust, sondern auch privatwirtschaftlichen Mindererlös bedeutet. Schließlich, aber nicht zuletzt, bedeutet das deutsche Rüstungstempo für viele Industrien die Vollanspannung ihrer Produktivkraft für den Binnenmarkt, so daß der Raum für den Export noch weiter verengt wird. Das wird noch gefördert durch den neuen Vierjahresplan mit seinen zusätzlichen Rohstoffe erfordernden, kostspieligen Investitionen, die gleichfalls Produktionskräfte, die sonst für den Export zur Verfügung ständen, für die Ersatzstoffwirtschaft beschlagnahmt. Diese ungünstigen Momente überwiegen weitaus die Vorteile, die aus dem so heiß ge-

wünschten Anschluß Deutschlands an die Weltwirtschaft sonst erwachsen wären. Dieser Anschluß hätte eben zur Voraussetzung die Einschränkung der deutschen Kriegswirtschaft, die Befreiung der Wirtschaft von dem militaristischen Zwang. Das wäre jedoch das Letzte, wozu die Diktatur willens und fähig wäre. Trotz allen Rühmens, das Schacht seinem »Neuen Plan« eben wieder gezollt hat, trotz der Milliardensubventionen, ist die Exportschlacht des Jahres 1936 verloren gegangen, konnte die Einfuhr nicht gesteigert werden, konnte die Reichsbank nicht nur nicht ihren Goldbestand verstärken, sondern hat noch einen großen Teil des Goldes der Privatnotenbanken abgeben müssen.

Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen der deutschen Diktatur zeigen auch, daß sie selbst auf die Belebung des Exports und die dadurch ermöglichte Steigerung der Einfuhr wenig Hoffnung setzt. Eben jetzt jagen sich die Verordnungen, die die deutsche Ernährung noch weiter beschränken. Die Kundenlisten, die den Butter- und Fettkonsum um mehr als 20 Prozent drosseln, sind ebenso nur ein Anfang, wie die eben einsetzende Agitation zur Verminderung des Fettkonsums um 25 Prozent zur Ermöglichung weiterer Devisenersparnisse. Dem guten Rat wird der Zwang auf dem Fuße folgen und die Verschlechterung wird sich nicht auf dieses eine Gebiet beschränken. Die Brotgetreideversorgung ist knapp und die mit Futtermitteln absolut unzureichend. Das alles zeigt, daß die Diktatur selbst die Aussicht auf Steigerung des Exports nur sehr gering einschätzt und alles daran setzt, um durch weitere Drosselung des Verbrauchs die Einfuhr für den zivilen Bedarf noch mehr zu beschränken. Der Druck der Kriegswirtschaft wird immer stärker und die Frage bleibt, wie lange selbst die mächtigen deutschen Wirtschaftsfundamente ihm standhalten können.

Dr. Richard Kern.

Krupp vertraut Hitler

Die Dividende hat bei Krupp nur die Bedeutung einer Geste, weil es für die Inhaber, die Kruppschen Familienmitglieder, gleichgültig ist, ob sie ihr Einkommen in dieser oder in einer weniger für die Öffentlichkeit sichtbaren Form beziehen. Gerade deshalb ist es von symbolischer Bedeutung, daß die Firma Krupp, abgesehen von der Inflationszeit, in der Barauschüttungen keinen Geldwert hatten, für das Jahr 1935/36 zum ersten Mal seit dem Kriege mit der Verteilung einer Dividende aufwarten. Die letzte Dividendenauszahlung, die einen Geldwert repräsentierte, war 1918 erfolgt. So verknüpft sich das vierte Jahr des Krieges mit dem vierten Jahr der Kriegsvorbereitung. Beide waren gute Zeiten für Krupp und in beiden Fällen hatte die Firma Anlaß, sich durch ein Bekenntnis zum jeweiligen Regime dankbar zu erweisen.

In ihrem Geschäftsbericht rühmt sich die Firma, die Ueberwindung der Nachkriegsschwierigkeiten durch Dividendenverzicht ihrer Inhaber ermöglicht zu haben. Zutreffender wäre der Hinweis auf den Verzicht der Belegschaft gewesen, z. B. zur Zeit der Inflation, in der sie sich mit entwerteten Löhnen begnügen mußte, aber die Firma Krupp Goldpreise nehmen durfte. Jetzt können die Inhaber der Firma Krupp auf ihren eigenen Verzicht verzichten, weil es ihnen wieder vergönnt ist, ihre Werke Kriegsdienst leisten zu lassen. Darum darf sie mit Recht »die Ertragskraft des Familienunternehmens wohl für längere Zeit als gesichert betrachten.« Trotzdem begnügt sie sich mit der Erklärung einer Dividende von 4 Prozent, die aber nur einen Teil des 14,4 Millionen Mark betragenden bilanzmäßigen Reingewinn ausmacht. 1932/33 wurde noch ein Verlust von 3 Millionen ausgewiesen. Seitdem sind die Gewinne ununterbrochen gestiegen. Die Bilanz zeigte Reingewinne 1933/34 von 6,6, 1934/35 von 10,3, 1935/36 von 14,4 Millionen. Allein der der Öffentlichkeit gezeigte Gewinnzuwachs betrug in drei Jahren Drittes Reich 40 Millionen, das ist fast ein Viertel des Aktienkapitals. Der wirkliche Ueberschuß ist aber ungeheuer viel größer. Das ergibt sich schon daraus, daß im letzten Jahr nicht weniger als 53 Millionen in Neuanlagen investiert worden ist, das ist ein Drittel mehr als im Jahre vorher und ein Betrag, der fast einem Drittel des Aktienkapitals gleichkommt. In der Bewertung der Anlagen tritt dieser gewaltige Wertzuwachs nicht in die Erscheinung, weil fast die gesamten Neuanlagen aus dem laufenden Gewinn

bezahlt und deshalb fast voll abgeschrieben werden konnten. Der Bilanzwert der Anlagen ist heute noch fast der gleiche wie 1933. Man kann also annehmen, daß eine Kapitalvermehrung von etwa 100 Millionen durch Nichtbewertung aus der Bilanz verschwunden ist. Diese »Abschreibungen« verdienen also diese Bezeichnung nicht, sondern sind versteckte Gewinne. Zählt man den bilanzmäßigen Reingewinn, die Rückstellungen, die Ueberabschreibungen und die Zunahme des Bilanzwertes der Anlagen zusammen, so ergibt das einen Ueberschuß von 75 Millionen Mark für 1935/36 gegen 50 Millionen 1934/35. Das ist eine Verzinsung des Aktienkapitals von etwa 45 Prozent und eine Ueberschußsteigerung um etwa 50 Prozent, also eine Rentabilität, die sich sehen lassen kann. Dabei sind aber die sonst noch versteckten, aus den Ziffern des Geschäftsberichts nicht errechenbaren Profite nicht eingerechnet.

Dieses Ergebnis stimmt mit der Zunahme der Besitzsteuern überein. Krupp zahlte für das letzte Jahr 37, für das Jahr vorher 25 Millionen Steuern, das ist also gleichfalls um 50 Prozent mehr. Man kann aber annehmen, daß Krupp dem Finanzamt nur soviel Gewinne offenbart, wie beim besten Willen nicht verheimlicht werden kann. Für die Höhe der versteckten Gewinne zeugt die Ueberfülle an barem oder in bar verwandelbarem Werten, die Ueberliquidität. In Wertpapieren, Bankguthaben, Wechseln und barem Geld sind 72 Millionen angelegt. Trotz dem gewaltigen und bar bezahlten Neuanlagen war überflüssiges, im Betrieb nicht verwertbares Geld in Höhe von 40 Prozent des Aktienkapitals. Des aus den Berichtsziffern errechenbaren Ueberschuß brauchte nicht in den Betrieb gesteckt, sondern konnte im Geldschrank verwahrt werden.

Mit solch riesenhaftem Wertzuwachs kann die Belegschaft von Krupp nicht aufwarten. Die Summe der Löhne und Gehälter hat von 133 auf 153 Millionen, also um nur 15 Prozent zugenommen, was einem Rückgang des Reallohnes für das einzelne Belegschaftsmitglied gleichkommt. Die Zunahme der Lohnsumme vom letzten Jahre bleibt noch hinter der vom Vorjahr zurück, wo eine Steigerung um 40 Prozent erfolgt war. Es waren für Steuern 12 Millionen und für »sonstige Aufwendungen« (wohl überwiegend für die Exportförderungsanlage) 9 Millionen mehr als im Vorjahre ausgegeben worden. Wenn trotz dieser großen Mehrausgaben eine so erstaunliche Gewinnsteigerung stattfinden konnte, so liegt

das einzig und allein an der ungeheuren Lohnersparnis, erzielt durch Senkung des Lohnanteils am Gesamtertrage der gesteigerten Produktion. Die Zahlen der Kruppbilanz beweisen, daß die vom Führer befohlene »Stabilisierung der Löhne« nichts anderes bezweckt, als die Kosten der Kriegsvorbereitung und die zu ihrer Fortsetzung angesammelten gewaltigen Massen überschüssiger Geldreserven durch Ausbeutung aufzurufen zu lassen.

Man kann aber nicht behaupten, daß Krupp sich für den »Verzicht« seiner Arbeiter ganz und gar undankbar zeige. Er hat seinem Wohlfahrtsfonds im letzten Jahre 700.000 Mark mehr zugeführt als im Jahre vorher, das ist weniger als 1 Prozent des Ueberschusses. Der Preis, den Krupp für die Herstellung der »Werkgemeinschaft« zahlt, ist also nicht übermäßig hoch.

Die Zunahme der Produktion ist zwar beträchtlich, bleibt aber noch weit hinter der Zunahme der Gewinne zurück. Die Kohlenförderung stieg um etwa 3 Prozent, die Erzeugung von Roh Eisen um 25, von Rohstahl und Walzwerkzeugnissen um 20 Prozent. »Die Kraftwagenfabrik hatte eine Absatzsteigerung um rund 20 Prozent, die Gußstahlfabrik in Essen war in fast allen Anlagen voll ausgenutzt.« »Unverändert stark war, heißt es im Geschäftsbericht, »wieder für alle Erzeugnisse die Nachfrage aus dem Inland.« Besondere Aufgaben seien der Firma aus der Wiedergewinnung der deutschen Wehrhoheit erwachsen. Die Fülle der Staatsaufträge und der staatlich kommandierte Lohndruck sind eine zweifache Staatssubvention, die es Krupp ermöglicht, sich an der Erfüllung des Vierjahresplanes auf Staatskosten zu beteiligen. »Seit Verlust der Minettegruben erreichte die Erzförderung die Höchstziffer des Konzerns. Neu aufgenommen wurde auch der Nickelerzbergbau in Frankenstein, der seit Ende des Krieges geruht hatte. Die Erze galten bisher als unverwendbar.« Vor allem konnte Krupp seine alte Vorliebe für den Bau von Panzerschiffen frönen. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Friedr.-Krupp-Germania-Werft in Kiel »hat zeitweilig ihre Aufnahmefähigkeit überschritten, so daß die gegenüber dem Vorjahre um 10 Prozent erhöhte Gefolgschaft zeitweilig mehr Arbeit leisten mußte.«

Herr Krupp von Bohlen und Halbach hatte also allen Anlaß, sich dem Dritten Reich für die Förderung des Rüstungsgeschäftes dadurch dankbar zu erweisen, daß er sein eigenes Unternehmen seinem eigenen Konto und dem seiner Familie 6 Millionen Mark Dividende gutschreiben läßt. G. A. F.

Zum Verständnis der Moskauer Prozesse

Sowjetrußland wird beherrscht von Stalin: Er ist der allmächtige Diktator. Es trägt ihn der bürokratische Apparat der Diktatur, der seine Herrschaftsinteressen und seine materiellen Interessen durch Stalin vertreten sieht. Dieser bürokratische Apparat ist weitgehend personengleich mit der kommunistischen Partei Sowjetrußlands. Die kommunistische Partei ist eine jener politischen Organisationen, die nur dem Namen nach Parteien sind. Diese Monopolparteien, die mehr oder weniger mit dem Staat verschmelzen — so in Sowjetrußland, in Deutschland und Italien — sind Herrschaftsorganisationen, Mechanismen zur Menschenbändigung, die moderne Form des Absolutismus. In jeder solchen Herrschaftsorganisation gibt es ein Problem der Hierarchie, der Ueber- und Unterordnung, und ein persönliches Problem — das Problem der wenigen, die an der Spitze stehen und entscheiden.

Die Geschichte Sowjetrußlands ist die Geschichte der Entwicklung der bolschewistischen Partei von einer wirklichen Partei zu einem bürokratischen Werkzeug in der Hand eines Despoten. Im Kern lag diese Entwicklung bereits in den politischen und organisatorischen Theorien der bolschewistischen Partei, in den Theorien Lenins vorgebildet. Der Weg der Entwicklung aber ist zurückgelegt worden im Vernichtungskampf gegen die Träger der Ideologie des Bolschewismus, die von den reinen prinzipiellen Machtmenschen und den bürokratischen Interessenten der Diktatur systematisch ausgerottet worden sind. Die Geschichte Sowjetrußlands ist ein beispielloser Lehrgang über das Wesen der Diktatur und über die Entartung, der sie notwendig verfallen muß, wenn sie andauert. Die sogenannten »Prozesse«, in denen jetzt die Diffamierung und Vernichtung der letzten Reste der alten Bolschewiki erfolgt, sind das Ende eines fast fünfzehnjährigen Machtkampfes innerhalb der monopolistischen Diktaturpartei. Dieser Kampf hat sich abgespielt auf dem Rücken der dumpfen, unbewußten Massen des russischen Volkes in Stadt und Land. Die Monopolpartei, die ihre Diktatur anfänglich mit dem Anspruch begründete, daß sie die Repräsentation des Klassenwillens des bewußten Proletariats sei, hat sich immer weiter von den Massen des Volkes entfernt, je mehr sie ihre Mitglieder im bürokratischen Apparat aufsaugte, und je mehr den Stürmen der Revolution ein Rückfall der aktiven Volksmassen in tiefe Lethargie folgte. Von den Nöten und Leiden, von den Wünschen und Anschauungen der Massen des Volkes hat nur das die Politik der Monopolpartei beeinflußt, was die Diktatur sehen wollte — oder was unmittelbare Gefahr für ihren Bestand bedeutete. Die Leiden des Volkes — weit entfernt davon, in der kommunistischen Partei wirklich repräsentiert zu sein, dienten als Vorwände im Machtkampf der Richtungen sowohl für die regierende Gruppe als auch für die Opposition. Auch die Opposition kann nicht beanspruchen, eine bessere Repräsentation des Volkes zu sein als die regierende Gruppe. Die Trennung der Monopolpartei vom Volke ist eines der entscheidendsten Merkmale der Entartung der Diktatur. Die Monopolpartei erzwingt einen Konformismus der Volksmassen, eine äußerliche Anpassung an die Haltung, die gewünscht wird — aber es gehen keinerlei Kraftströme vom Volk zur Monopolpartei. In der Monopolpartei tritt deshalb eine Sterilität der Idee ein. Die Idee wird um so mehr zum leeren angelehnten Dogma, als die Träger der Idee alt oder verbraucht werden und die Jugend in der Idee nur das Dogma sieht, dessen Annahme und Verehrung die Vorteile der Parteimitgliedschaft und die Karriere sichert. Wenn die Idee nicht mehr diskutiert, geistig weiter gebildet werden kann, sondern nur noch zur Verhüllung prinzipienloser Machtkämpfe dient, dann ist sie endgültig dogmatisiert und damit tot.

Das sind Grundlagen, auf denen sich der erbarmungslose Machtkampf in der kommunistischen Partei Sowjetrußlands abgespielt hat. Es handelte sich um die Frage, welche Personen diktieren sollten. Niemals haben die oppositionellen Führer den Monopolcharakter der bolsche-

wistischen Partei, niemals die Diktatur an sich angegriffen, immer ging es ihnen darum, daß sie selbst diktieren wollten. Der Kampf begann als Auseinandersetzung um die Nachfolge Lenins — er endet jetzt mit der Ausrottung der alten Bolschewiki — mit Ausnahme Stalins, des Siegers.

Diese wenigen Bemerkungen werden das Verständnis des nachfolgenden Ueberblicks über den Kampf um die Macht in der bolschewistischen Partei erleichtern.

Der Sturz Trotzki's

Die Frage der Nachfolge und damit der Macht wurde schon während der Krankheit Lenins aufgeworfen. Lenin besaß eine natürliche Autorität. Diese völlig unbestrittene Führerautorität fehlte jedem seiner möglichen Nachfolger. Dem Ansehen, das Trotzki besaß, entsprach zugleich ein stiller Haß der alten Bolschewiki gegen den früheren Menschewik. Lenin hat in Trotzki die kongeniale Natur gesehen, er hat zugleich den Machtwillen von Stalin gefürchtet. Sein politisches Testament, das erst in den späteren Stadien des Machtkampfes in eine breitere Öffentlichkeit drang, war eine Mahnung zur Entmachtung Stalins.

Noch zu Lebzeiten Lenins, im Jahre 1923, bildeten Stalin, Sinowjew und Kamenew im Politbüro der kommunistischen Partei eine feste Gruppe, um Trotzki zu isolieren und ihn nicht zu einer überragenden Stellung gelangen zu lassen. Zwischen dieser »Trojka« und Trotzki fiel die erste Machtentscheidung. Trotzki richtete seinen Angriff gegen die Tatsache, daß in der Hand Stalins das Sekretariat des Zentralkomitees der Partei immer mehr aus einem Exekutivorgan zum eigentlichen Herrschaftsorgan wurde mit der Tendenz, das Politische Büro in die Rolle eines beratenden Organs zu drängen.

Am 8. Oktober 1923 wandte sich Trotzki in einem Schreiben an das Zentralkomitee, in dem er die Sekretäraherrschaft angriff und innere Parteidemokratie forderte. Am 15. Oktober folgte diesem Schreiben eine Zustimmungserklärung von 46 führenden Kommunisten, unter ihnen Pjatakow, Serebriakow, Sosnowski, Radek, Drobnia (alles Angeklagte im jetzigen Moskauer Prozeß), Eugenie Bosch (durch Selbstmord aus Verzweiflung geendet), V. Smirnow (in der Verbannung in Sibirien gestorben), J. Smirnow (auf Grund des Augustprozesses erschossen). Die Gegenfront bestand aus Stalin, Kalinin, Kulbychew, Tomski (Selbstmord bei der Verhaftung August 1936), Kamenew und Sinowjew (auf Grund des Augustprozesses erschossen) und Rykow (während des jetzigen Prozesses verhaftet).

Die »Partei«, für die Trotzki innere Demokratie forderte, bestand damals aus 350.000 Mitgliedern, von denen 300.000 Partei- oder Staatsfunktionäre waren. Das Zentralkomitee beschloß die Durchführung der inneren Parteidemokratie. Sie bestand im wesentlichen in der Aufnahme von 200.000 neuen Mitgliedern, die von der Parteibürokratie, von dem angegriffenen Sekretariat des Zentralkomitees ausgewählt und gemacht wurden. Der Apparat der Partei war an diesem Zeitpunkt bereits fest in der Hand der Trojka.

Am 21. Januar 1924 starb Lenin. Der (13.) Parteikongreß nach Lenins Tod zeigte eine festgeschlossene Mehrheit für die Trojka. Trotzki entschloß sich, den Angriff auf literarischem Gebiete zu führen. Seine Gegner organisierten, er schrieb ein Buch: »Die Lehren des Oktober«. Diese Geschichte der Oktoberrevolution löste einen offenen Haßausbruch der alten Bolschewisten gegen ihn aus; denn sie war mit der Aufzeichnung seiner geschichtlichen Rolle der Anspruch auf die Nachfolge Lenins. Die Trojka ging zum Gegenangriff über. Sie beschuldigte Trotzki des Menschewismus, Kamenew und Sinowjew forderten den Ausschluß, nach dem Zeugnis von Stalin sogar den Kopf Trotzki's.

Im Januar 1925 entschied eine gemeinsame Sitzung von Zentralkomitee und Kontrollkommission. Trotzki wurde aus dem revolutionären Kriegsrat entfernt. Er blieb Mitglied des Politbüros. Das Zentralkomitee beschloß, daß der Trotzkiismus von 1903 bis zu den »Lehren des Oktober« von 1924 antibolschewistischen Charakter zeige, daß die Partei und vor allem die Jugend darüber aufzuklären sei. Als bald begann der offizielle Propagandafeldzug gegen den Trotzkiismus und die Schriften von Trotzki, eine Jagd auf Trotzkibilder, die überall durch Stalinbilder ersetzt wurden, eine Jagd der GPU und des

Parteiapparats auf die Anhänger Trotzki's, die aus ihren Stellungen und aus der Partei hinausgeworfen wurden.

Der Auseinanderfall der Trojka

Nachdem die Trojka über Trotzki gesiegt hatte, begann der Machtkampf in ihrem Innern. Sinowjew und Kamenew planten, sich Stalins zu entledigen und ihm zum Kriegskommissar zu machen. Die Machtverhältnisse im Politbüro waren die folgenden: Stalin, Bucharin, Rykow und Tomski bildeten eine feste Mehrheit gegen Sinowjew und Kamenew bei Abwesenheit Trotzki's. Sinowjew und Kamenew griffen nun Bucharin an, um diese Mehrheit zu brechen. Sie warfen ihm Begünstigung der »Kulaken« vor. Als Frunse, der Leiter des revolutionären Kriegsrates, starb (man erzählte, Stalin habe ihm befohlen, sich operieren zu lassen; während der Operation starb er), schlug Stalin als Nachfolger Woroschilow vor, Sinowjew und Kamenew schlugen Lachewitsch vor. Das Zentralkomitee wählte Woroschilow als Vorsitzenden, Lachewitsch als Stellvertreter. Sinowjew und Kamenew stützten sich auf ihre Funktionen in Leningrad und Moskau. Stalin unterwühlte systematisch die Stellung Kamenews im Moskauer Sowjet, er machte den Parteiapparat außerhalb der Domänen der beiden gegen sie mobil.

Auf dem 14. Parteikongreß im Dezember 1925 sahen sich die beiden bereits zu einem Verzweiflungskampf gedrängt. Kamenew warf offen die Machfrage auf:

»Wir sind gegen die Schaffung einer Führertheorie, wir sind gegen die Erhebung eines Führers. Wir sind gegen die Tatsache, daß das Sekretariat, das in der Praxis Politik und Organisation vereinigt, über dem politischen Organismus stehe. Wir sind für eine innere Verfassung unserer Parteispitze, die dem Politbüro die volle Macht sichert, das alle politischen Köpfe unserer Partei vereinigt und die gleichzeitig das Sekretariat dem Politbüro als technische Exekutive seiner Entscheidungen unterstellt. Wir können es nicht als normal ansehen, und wir erachten es für schädlich für die Partei, daß ein Zustand verlängert werde, in dem das Sekretariat Politik und Organisation vereinigt und tatsächlich die Politik vorherbestimmt. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß Genosse Stalin die Rolle des Einigers des bolschewistischen Generalstabs nicht erfüllen kann.«

Bei diesem Angriff brach der Sturm auf dem Kongreß los. Die Delegierten waren mit Ausnahme der Leningrader Delegation von dem Stalin ergebenen Apparat gewählt. Unter donnernden Hurrarufen auf Stalin, unter Rufen »Stalin! Stalin!« bezeichnete der Kongreß sozusagen durch Akklamation Stalin als den Chef. Stalin ging nun auf dem Kongreß zur Spaltung der verschiedenen Oppositionen über. Er warf Sinowjew und Kamenew vor, daß sie den Kopf von Trotzki gefordert hätten:

»Wir waren nicht einverstanden mit Sinowjew und Kamenew, da wir wissen, daß die Politik der Amputation mit großen Gefahren für die Partei verbunden ist, daß die Methode der Amputation, des Aderlassens — und sie forderten Blut — gefährlich und ansteckend ist; heute ist es einer, der amputiert wird, morgen ein anderer, übermorgen ein dritter. Was würde uns dann in der Partei bleiben? Endlich, was will man mit Bucharin? Sie verlangen das Blut von Bucharin. Das ist es, was Sinowjew fordert. Ihr verlangt das Blut von Bucharin? Wißt es: wir wollen euch dies Blut nicht geben!«

Sinowjew und Kamenew hatten den Kampf verloren. Stalin war und blieb Herr des Parteiapparats und damit des Staatsapparats. Er hatte für sich, daß er einen Kurs steuerte, der wilde und gewaltsame Experimente vermeiden wollte. Eine Erweiterung des Zentralkomitees auf 106 Mitglieder gab ihm die Möglichkeit, es mit seinen Beauftragten zu füllen, die Größe machte diese Körperschaft zu einer reinen Dekoration. Im Politbüro, das auf neun Mitglieder erweitert wurde, gab es eine sichere Mehrheit für Stalin, bestehend aus: Stalin, Bucharin, Woroschilow, Rykow, Tomski, Molotow, Kalinin. Die Opposition bestand aus Trotzki und Sinowjew. Es erfolgte nun eine systematische Reinigung von Parteiapparat und Staatsapparat von allen Oppositionellen von links und rechts. Viele tausende flogen hinaus. Führende Oppositionelle wurden in Gesandtschaften und Handelsmissionen abgeschoben.

Der Oppositionsblock

Zu Beginn des Jahres 1926 schlossen sich »linke« und »rechte« Opposition, Trotzki, Sinowjew und Kamenew mit ihren Anhängern

zu einem Oppositionsblock zusammen, um gemeinsam den Machtkampf gegen Stalin und dessen Freunde zu führen. Programmatisch stellten sie für diesen Machtkampf den Gegensatz zu Stalin in der Frage der Industrialisierung heraus. Trotzki war für rasche Industrialisierung, für Kollektivierung der Landwirtschaft, für den Plan — Stalin hatte darin eine »industrielle Abweichung« erblickt, Sinowjew und Kamenew ebenfalls. Sie wollten den von Lenin eingeleiteten Kurs fortsetzen, der in ruhiger Entwicklung die Schilfen des Kriegskommunismus aushellen und Katastrophen durch gewaltsame Eingriffe im Stile des Kriegskommunismus vermeiden sollte. Die beiden nahmen nun Trotzki's Programm an, um damit gegen Stalin zu kämpfen. Die ersten Monate des Jahres 1926 waren angefüllt mit dem Kampfe der Cliquen. Der Oppositionsblock arbeitete mit illegaler Literatur und illegalen Versammlungen, so sprach der stellvertretende Kriegskommissar Lachewitsch in einer geheimen Versammlung in einem Walde — wovon Stalin prompt erfuhr. Um linke und rechte Opposition wieder zu spalten, veröffentlichte Stalin einen Brief Lenins über die »Deserteure vom Oktober«, d. h. Sinowjew und Kamenew — obgleich er zwei Jahre zuvor gemeinsam mit ihnen Trotzki den Hals gebrochen hatte wegen dessen wahrhaftiger Darstellung der Oktoberereignisse. Die ganze schmutzige Wäsche der bolschewistischen Partei wurde in diesem Kampf mit Dokumenten und Enthüllungen gewaschen. Sinowjew und Kamenew revanchierten sich, indem sie ihre eigenen Machenschaften mit Stalin enthüllten und die Veröffentlichung des Leninschen Testaments forderten.

Am 20. Juli 1926 trat das Zentralkomitee zusammen. Lachewitsch wurde seiner militärischen Funktionen entbunden, aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und erhielt eine Funktion in Sibirien. Sinowjew wurde aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, Kamenew aus dem Moskauer Sowjet und dem Handelskommissariat entfernt. An Stelle von Sinowjew brachte Stalin Kirow ins Politbüro. Es folgte eine neue allgemeine Strafaktion. Tausende von Oppositionellen wurden entfernt. Die Regie funktionierte: aus allen Provinzstädten Rußlands und aus allen Hauptstädten der Welt kamen bestellte Resolutionen, die strenge Bestrafung der Opposition forderten.

Im September wurde ein neuer Propagandafeldzug gegen die Opposition unternommen. Trotzki und Pjatakow wurden aus dem obersten Volkswirtschaftsrat entfernt, Kamenew sollte nach Japan gehen, weigerte sich aber abzureisen. Die Opposition versuchte vergebens, in Betriebsversammlungen zu sprechen. Ueberall, wo sie auftrat, erschienen in Lastkraftwagen Abteilungen, die die oppositionellen Redner nicht zu Worte kommen ließen. Die Erbitterung stieg ins ungeheure. In ihrer geheimen Propaganda nannte die Opposition Stalin den Totengräber der Revolution oder den Zar der Kulaken, Woroschilow den General Cavaignac. Stalin dagegen ließ den oppositionellen Führern vorwerfen, daß sie zur Zarenzeit nicht in Rußland geblieben, sondern emigriert seien, er ließ seine Leute zu offen antisemitischen Angriffen übergehen.

Im Oktober 1926 unterwarf sich die Opposition. Sie anerkannte reumütig ihre Disziplinbrüche, verurteilte ihre Fraktionstätigkeit und verdammt ihre Anhänger im Auslande. Trotzki wurde aus dem Politbüro entfernt, V. Smirnow aus der Partei ausgeschlossen, Sinowjew mußte die Präsidenschaft der Internationale niederlegen. Die »Prawda« drohte: »Entweder der Ausschluß und die gesetzliche Zerschmetterung der Opposition, oder die Lösung der Frage mit Kanonenschüssen in den Straßen, wie mit den linken Sozialrevolutionären im Juli 1918 in Moskau.«

Trotz der Unterwerfung organisierte sich die Opposition als illegale Partei in der Partei. Im Sommer 1927 ging sie zu einem neuen Angriff auf Stalin über. Sie warf ihm — sehr unlogisch — vor, daß die Abschichtung der chinesischen Kommunisten durch Tschankaischek die Folge seiner Koalition mit der Kuomintang sei, sie belastete ihn mit dem in China vergossenen Arbeiterblut. Sie stieß den Alarmruf aus: Die Krieggefahr wächst täglich. 83 Oppositionelle richteten eine Adresse an das Zentralkomitee, auf die 3000 Unterschriften gesammelt wurden. Stalin bemächtigte sich der Parole von der Krieggefahr. Er proklamierte »die Revolutionen-Gefahr« und beschuldigte die Opposition, daß sie in

der Stunde der Kriegsgefahr dem Feinde helfe. Ende Mai sprach er in der Internationale gegen Trotzki von einer »Einheitsfront von Chamberlain bis Trotzki«. In dieser Situation wurde der Sowjetgesandte Wofkow in Warschau ermordet. Stalin benutzte dies zu wilden Anklagen gegen die Opposition, Trotzki und Sinowjew wurden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen.

Im Juli nahm das Zentralkomitee diese Ausschüsse zurück, beide unterwarfen sich abermals lächelnd mit »einem ernsten Tadel und einer Verwarnung«. Stalin führte ihnen seine Macht im Zentralkomitee vor: »Um diese Majorität zu erschüttern, müßte man den Bürgerkrieg in der Partei beginnen!« Nach der Entdeckung einer geheimen Drukerlei wurden mehrere Oppositionelle ausgeschlossen, darunter Serebriakow, einige wanderten ins Gefängnis. Ende September wurde Trotzki aus der Exekutive der Internationale entfernt.

Im Oktober 1927 führte Stalin einen entscheidenden Streich. Auf der Sitzung des Zentralkomitees operierte er mit einem Bericht der GPU, der die Opposition einer militärischen Verschwörung mit einem Wrangel-Offizier — in Wahrheit ein Provokateur der GPU — beschuldigte. Trotzki und Sinowjew wurden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Gleichzeitig aber benutzte sich Stalin des Programms, mit dem sie gegen ihn gekämpft hatten, die Sitzung beschloß die Anarbeitung von Direktiven für einen Fünfjahresplan. Die Partei besaß zu diesem Zeitpunkt 1,2 Millionen Mitglieder, davon 100.000 Parteiangestellte und 600.000 Beamte.

Am 7. November 1927 — am 10. Jahrestag der Revolution — mischte sich die Opposition mit Plakaten mit ihren Parolen in die Demonstrationen in Moskau. Schlägerbanden Stalins zerrissen die Plakate und schlugen die Träger nieder. Die kommandierten Massen sahen ohne Parteinahme und ohne Teilnahme zu. Auf den Wagen Trotzki's wurde geschossen. Am 15. November schloß die Kontrollkommission Trotzki und Sinowjew aus der Partei aus. Die übrigen Führer der Linken wurden aus dem Zentralkomitee ausgestoßen und ihrer Ämter entsetzt. Am 16. November beging Joffe Selbstmord.

Vernichtung der Opposition

Die Vernichtung der Opposition nahm nun ein rasches Tempo an. Der Parteiparat gegen sie funktionierte lückenlos. Am 2. Dezember 1927 trat der 15. Parteikongreß zusammen. Bei fast 1700 Delegierten hatte die linke Opposition nicht ein einziges Mandat erhalten. 120 führende Oppositionelle erschienen hintereinander als Reuege auf der Tribüne, beteuerten ihre Loyalität, klagten sich selbst ihrer Verbrechen gegen die Partei an, bereuten ihre Disziplinlosigkeit und verdammten in den stärksten Ausdrücken ihre ehemaligen Freunde. Am 10. Dezember erhielt der Kongreß die Unterwerfungserklärung von Kamenew und Genossen. Sie verzichteten sogar darauf, ihre Ansichten legal in der Partei zu vertreten. Es folgte die Unterwerfungserklärung von Rakowski und Genossen. Trotzdem wurden am 18. Dezember 75 führende Mitglieder der Gruppe Trotzki-Sinow-

jew ausgeschlossen. Ausschluß bedeutete: Entziehung von Unterhalt, von Wohnung, von Erwerbsmöglichkeiten. Rakowski und seine Freunde erklärten darauf, daß sie trotz allem loyal seien und alles tun würden, um wieder aufgenommen zu werden. Sinowjew und Kamenew bekannten ihre Vergehen, anerkannten ihre Verdammung als gerecht und verdammten selbst ihre Freunde und Anhänger. Der Kongreß indessen beschloß, jedes Wiederaufnahmeverfahren auf sechs Monate zu vertagen. Während dieses Kongresses wurde am 10., 11. Dezember der Kantonier Aufstand inszeniert — Stalin brauchte ein Ablß gegen die Opposition.

Am 19. Januar 1928 wurden 30 Führer der Opposition verbannt, darunter Trotzki, Radek, Serebriakow, J. Smirnow, V. Smirnow, Sosnowski, Rakowski, Saprnow, Smilga, Drobnis, Preobrajenski, Murolow, Boguslawski, Bielovorodow, Tausende wurden verhaftet und ihrer Ämter entsetzt. Sinowjew und Kamenew aber verdammten öffentlich die Verbannten. Ende Februar unterwarf sich Pjatakow, im März Krestinski. Eine offizielle Statistik gab für den ersten Februar an: 5700 unter Anklage wegen Abweichung, 3300 Ausschüsse, 3400 Reuebekenntnisse. Die Zahl der Eingekerkerten und Verbannten wurde nicht mitgeteilt.

Diese Terrorwelle fiel zusammen mit einer Wirtschaftskatastrophe: Allgemeiner Mangel, Lebensmittelunruhe selbst in Moskau, Getreideknappheit, Requisitionen auf dem Lande, Bauernaufstände, Attentate und Morde auf dem Lande. Zur Abschreckung wurde der Prozeß von Schachty veranstaltet. Die Anklage lautete auf Sabotage, Hochverrat, Spionage, militärische Verschwörung mit Frankreich und Polen. In dieser Situation verschärfte Stalin den Kurs auf die Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft. Am 28. April erging der Plan zur Kollektivierung der Landwirtschaft, der Ruf zum Klassenkampf gegen die Kulaken. Die linke Opposition war programmatisch entworfen und fiel auseinander. Die deportierten Linken stimmten dem neuen Kurs sofort zu. Radek, Serebriakow, Smilga, Preobrajenski erklärten reuig, sie würden alle Opposition aufgeben.

Der Sturz Bucharins

Aber nun versagte die Rechte im Politbüro Stalin die Gefolgschaft. Bucharin, Rykow und Tomski, unterstützt von Woroschilow und Kalinin, wandten sich gegen den »neuen Kriegskommunismus«. Stalin hatte für sich nur Molotow, die Kreaturen Rudsutak und Kusbyschew schwankten, da noch nicht zu erkennen war, wie die Entscheidung fallen würde. Stalin bereitete sich zum Schlag gegen die Rechte vor. Er zog Woroschilow und Kalinin auf seine Seite. Kalinin — so berichtet Boris Souvarine in seinem Buche über Stalin — erklärte, er gehe mit Stalin, da dieser doch binnen kurzem tun werde, was Kalinin wolle. Die Rechte sah sich voll Schrecken in die Minderheit gedrängt und am Rande des Abgrundes. Diese Entwicklung hatte ihre dramatischen Höhepunkte.

Am 11. Juli 1928 suchte Bucharin eine Unterredung mit Kamenew, in der er sich völlig preisgab. Er sagte: »Stalin mache der Linken Avancen. Seine Linie führe in den Abgrund. Er sei ein grundsatzloser Intrigant, der alles seinem Machtwillen unterordnet. Das Ergebnis sei ein Polizeiregime. »Er wird uns alle erwürgen!« Er halte Kalinin und Woroschilow an unbekanntem Banden. Die Partei und der Staat seien miteinander verschmolzen, das sei das Unglück. Stalin habe Bucharin von der Vorlage einer Resolution im Zentralkomitee abhalten wollen mit der Schmelchelei: »Du und ich, wir sind der Himalaja, die anderen sind Nullen!« Im Politbüro habe es wilde Szenen gegeben, als Bucharin diesen Anspruch enthüllt habe. Stalin habe geheult und geschrien: »Du lügst. Du hast dies erfunden, um die anderen gegen mich aufzuhetzen!« Die Beschlüsse des Politbüros seien gegen Stalin ausgefallen — auf dem Papier. »Die Politik von Stalin führt zum Bürgerkrieg. Er wird gezwungen sein, die Aufstände im Blute zu ersticken.«

Die Trotzkiisten verbreiteten alsbald einen genauen Bericht über diese Unterredung auf illegalem Wege. Stalin ging mit den üblichen partei-administrativen Methoden gegen die rechte Mehrheitsbildung vor. Die Presse redete auf seinen Befehl von einer neuen Rechtsgefahr. Im Moskauer Sowjet wurden mehrere Funktionäre wegen rechtsopportunistischer Abweichung gemäßregelt. Die Rechte im Politbüro stellte Stalin ein Ultimatum. Bucharin, Tomski, Rykow überreichten ihm ihre Kollektivdemission. Rykow berichtete darüber: »Seine Hände zitterten, er war blaß und erklärte sich geneigt, nachzugeben. Aber die frühere Opposition kam ihm zu Hilfe. Pjatakow von der Linken erklärte, wenn Stalin stürze, würde nicht Bucharin und Tomski und Rykow regieren, sondern Nullen, wie Kaganowitsch. Dann unterwerfe er sich lieber Stalin, Kamenew und Sinowjew benutzten das Schwanken der Machtlage, um sich bei Stalin anzubetteln, um einen höheren bürokratischen Rang zu erreichen. Stalin konnte systematisch die Rache vorbereiten. Inzwischen gingen Hungernot und Attentate, Brandstiftungen, Aufstände weiter.«

Zu Beginn des Jahres 1929 waren Stalin fünf Stimmen, also die Mehrheit im Politbüro sicher. 300 Kommunisten wurden wegen »verbrecherischer trotzkiistischer Umtriebe« verhaftet, darunter Mdivani, ein alter Kampfgefährte Stalins. Im Februar wurde Trotzki nach der Türkei verbannt. Die Rechte im Politbüro stimmte erfolglos dagegen.

Der Fünfjahresplan

Nun begann die Politik des Fünfjahresplanes. Am 1. Januar war ein Zirkular über die Beschleunigung der Industrialisierung ergangen. Im April nahm das Zentralkomitee die Themen des Politbüros an. Im Mai gab der Rat der Volkskommissare, der »optimalen Planvariante« seine Zustimmung. Als Warnung für Intelligenz und Spezialisten und Mahnung zum Gehorsam wurden im Mai drei führende russische Techniker, schon im Großenalter stehend, ohne Prozeß erschossen. Die Linke brach feierlich mit Trotzki,

schwur ihn ab, stimmte der Planpolitik zu und kapitulierte vor Stalin. Im Juli Radek, Preobrajenski, Smilga, Serebriakow, Drobnis, es folgten J. Smirnow, Sosnowski, Rakowski, und hunderte andere. Die Nicht-Kapitulanten wurden ausgelöscht. Butow, Sekretär Trotzki's, starb im Gefängnis an Hungerstreik, Blumkin wurde wegen einer Unterredung mit Trotzki in Konstantinopel bei der Rückkehr erschossen, V. Smirnow starb in Sibirien. Es begann die Periode des Fünfjahresplanes, des Triumphes Stalins. Im Juli 1929 wurde Bucharin aus dem Büro der Internationale ausgeschlossen, im August begann die »Prawda« einen Feldzug gegen ihren eigenen Chefredakteur, seine Bücher kamen auf den Index, im November wurde er aus dem Politbüro ausgeschlossen. Rykow und Tomski kamen mit einem Tadel davon. Alle drei bereuten sofort ihre Irrtümer, Bucharin rettete sich mit der Drohung, Selbstmord zu begehen. Pjatakow und Radek suchten durch Unterwürfigkeit die Gunst Stalins zu gewinnen. Kamenew und Sinowjew denunzierten Bucharin bei Stalin. Der Parteikongreß 1930 war eine Mamelucken-Versammlung. Es hageite Reuebekenntnisse der Rechten. Sokolnikow schwur Stalin ewigen Gehorsam. 1931 schaltete Stalin die Literatur völlig gleis. Sein ehemaliger Günstling Jaroslowski, der ihm wegen seines Ehrgeizes verdächtig geworden war, wurde unter der Anschuldigung, daß ein Geschichtswerk von ihm trotzkiistisch sei, gestürzt. In einem Briefe an eine Revue stellte Stalin fest, was künftighin als allein richtige geschichtliche Wahrheit zu gelten habe. Radek, Schlapnikow und andere schwuren alle ihre früheren Schriften ab und verdammten ihre Irrtümer. Ende 1932 wurde eine kleine illegale Oppositionsgruppe entdeckt. Sofort wurden Sinowjew und Kamenew wieder einmal ausgeschlossen, nach 6 Monaten, nach abermaligem Reuebekenntnis und widerlichem Bauchrutschen vor Stalin begnadigt. 1934 erging das Gesetz, das Todesstrafe für Vaterlandesverrat vorsieht. Flucht ins Ausland gilt als Verrat, die Familie des Flüchtlings dient als Geisel und erhält fünf bis zehn Jahre Gefängnis. Auf dem Parteikongreß von 1934 Reuebekenntnisse von rechts und links, die Reuegen beschimpfen ihre Freunde, sie denunzieren sich öffentlich gegenseitig und ergeben sich in Schmelcheleien für Stalin, den Allmächtigen, die inzwischen üblich geworden sind.

Im Dezember 1934 aber wird das Mitglied des Politbüros Kirow, der sich um einen Kurs der Versöhnung gegenüber der Opposition bemühte, von einem Leningrader oppositionellen Kommunisten erschossen. Es folgt eine Hekatombe gegen kommunistische Oppositionelle. Sinowjew und Kamenew und 17 andere, dazu 78 in der Verbannung lebende Oppositionelle werden verhaftet, prozessiert, verurteilt unter der Anklage, mit Trotzki konspiriert zu haben und Terrororganisationen zu begünstigen. 1936 beginnt die große Abschächtung auf dem Prozeßwege.

Diese Geschichte und dies Ergebnis — das ist das Gesicht der Diktatur!

Statistik

Eine unpolitische Romanze

»Kenner der spanischen Verhältnisse versichern, daß die Zahl der bestialisch Abgeschlachteten mit 170.000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben wird. Nach diesen Leistungen der braven demokratischen Revolutionäre in Spanien hätte die nationalsozialistische Revolution unter Zugrundelegung unserer dreimal größeren Bevölkerungszahl das Recht gehabt, 4—500.000 Menschen umzubringen!«

(Hitler am 30. Januar.)

Schlamm junior, Firma Schlamm und Lurch, sah die Statistik »Unfall« durch und staunte, wieviel Leut auf Erden alljährlich überfahren werden.

Schlamm junior zückte seinen Stif und rechnete: was mich betrifft, ich lasse 20 Wagen fahren und dies seit vielen, vielen Jahren.

Von diesen 20 — sapperlot — fuhr einer einmal einen tot. Wo bleibt in dem Fall die Statistik. Wo das Gesetz der Zahlenmystik?

Schlamm konstatierte wohlgenut: ich habe noch zwei Tote gut und sprang hopp hopp in seinen Wagen, um gleich den ersten zu erjagen.

Heho! — Doch eh' der Plan perfekt, war Schlamm schon elend angeeckt. Kaum ließen sich die Massen zügeln, sie wollten ihn spontan verprügeln.

Auch der Herr Richter machte kund, Statistik sei kein Milderungsgrund. Und er erklärte — wie auch richtig — Schlamm's Führerschein für null und nichtig.

Brauner Fasching in München

Münchener Brief.

Für den Fasching hat der Münchner seine eigene Tradition. Wer nur irgendwie einige Mark erübrigen kann, geht damit auf den Maaskenball. Politik und Wirtschaft treten in den Hintergrund, man will einmal alles ausschalten und bringt es doch nicht fertig. In früheren Zeiten bei halbwegs geordneten Verhältnissen, war der Fasching wirklich eine tolle Zeit in der auch der minderbemittelte kleine Mann seine Freude haben konnte. Wer die Zeiten kurz nach dem Kriege und während der Konjunkturperiode noch nicht vergessen hat, kann heute Vergleiche ziehen, die sehr aufschlußreich sind für die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Situation im Reich. Früher ungewohnte Stimmung, die Leute konnten sich noch etwas gönnen, heute kommandierter militärischer Maskenrummel. Wenn auch durch die Aufrüstung und die militärstrategischen Bauten viele Arbeit gefunden, so reicht der Verdienst nicht aus um auch nur das bescheidenste Vergnügen mitzumachen. Diesem Umstand hat auch die Partei und ihre Gliederungen Rechnung getragen und so wie im Vorjahr einige Großbälle ohne Eintritt arrangiert. KDF besorgt dabei das Programm. Außerdem wird von jedem Krieger- oder Sparverein eine Tanzunterhaltung gemacht, wo die Mitglieder, auch wenn sie nur wenige Biere bezahlen können, ein geselliges Zusammensein haben.

Die Wirte klagen, daß bei diesen Unterhaltungen immer weniger konsumiert wird. Von einer ordentlichen Küchenlosung kann man gar nicht mehr reden. Wir wollen kurz

zwei Erlebnisse schildern, die deutlich genug aufzeigen wie sich die Leute heute unterhalten.

In einem Schwabinger Kaffeehaus haben sich die Nachbarn eingefunden, um so wie alle Jahre bisher, im engeren Bekanntenkreis den Jahreschluß zu feiern. Eine kleine Kapelle spielte zum Tanz. Die älteren Leute saßen bei ihrem Schoppen Wein oder Bier und unterhielten sich über vergangene Zeiten, wo es noch »zünftig« war. Um 2 Uhr früh kamen einige jüngere Leute, anscheinend SS-Männer außer Dienst, angeführt von einem schon ziemlich angeheiterten älteren Mann, in das Lokal. Der Anführer, ein Pasinger Amtswalter, wie sich später herausstellte, bestellte gleich für seine Freunde eine Runde Wein, der in kurzer Zeit mehrere folgten. Zuerst unterhielten sich die Pgs. über die Erfolge der Partei im abgelaufenen Jahr und kamen dann auf Spanien zu reden. Den Widerstand Madrids konnten sie sich nicht erklären. Einer der SS-Männer sagte unvermittelt, sich kann nicht verstehen, daß die Nationalen, mit unserer Unterstützung, das Gesindel noch nicht zum Teufel gejagt haben.« Der Amtswalter sprang vom Tisch auf und schrie: »Das wird nicht mehr lange dauern, denen da drunten wern wir es schon zeigen.« Die andern stimmten ihm zu und beruhigten den erregten Kämpen der immerfort dasselbe wiederholte. Durch diesen Vorfall war das ganze Lokal erlichtert. An allen Tischen wurde die Spanienfrage angeschnitten. Man konnte immer wieder hören, »ja die Leute da drunten feiern ein trauriges Neujahr.« Allgemeines Bodauern mit dem Schicksal des spanischen Volkes drückte sich

in den Gesprächen aus. Mit Widerwillen betrachtete man die angeheiterte Gesellschaft der Ruhestörer und ein sichtliches Aufatmen ging durch das Lokal, wie sie den Raum verließen.

In eine Heidhausener Tanzunterhaltung kam eine Maskengruppe, dreimal Marokkaner Verkleidete, die einen zerklümpelten Mann an einem Strick mit sich führten. Alles schaute mit Befremden auf diese unerwünschten Eindringlinge. Diese führten den »Gefangenen« durch den Saal und setzten sich dann an einen Tisch wo sie Bier bestellten. Der Gefangene mußte unter dem Tisch Platz nehmen. Es währte nicht lange, auf einmal war ein dichter Kreis von Menschen um diese Gruppe versammelt. Einer der Umstehenden fragte den Anführer der Gruppe, was der blöde Maskenscherz eigentlich zu bedeuten habe. Der Maskierte hatte nicht mehr Zeit eine Antwort zu geben. Von den Hintenstehenden wurde nach vorne gedrückt und ehe man sich umsehen konnte war die Gruppe an die Luft gesetzt. Kurz darauf erschienen einige Polizisten, die beim Wirt Erkundigungen einholten. Der Wirt konnte niemand beim Namen nennen, daraufhin zogen sie wieder ab. Solche Vorkommnisse könnte man viele anführen, die zeigen, daß es beim besten Willen nicht möglich ist, sich ohne an die Welt ereignisse erinnert zu werden — zu unterhalten.

Die Bonzen mit ihrem Anhang feiern auf andere Art und Weise. Da gehts hoch her im Deutschen Theater. Ein Kostümfest jagt das andere. Feine Delikatessen und teure Schaumweine stehen dem zahlungskräftigen Volksgenossen zur Verfügung. Wer Gelegenheit hat

Blutig - wie am ersten Tag!

Aufzeichnungen eines Häftlings aus dem Konzentrationslager Lichtenburg

Es kann sich jeder in der Welt heute, wenn er will, davon überzeugen, daß wir die unbedingt notwendige Einrichtung der Konzentrationslager so ordentlich und sauber durchführen, wie es überhaupt nur nach menschlichem Ermessen möglich ist.

Die Bewachung der Konzentrationslager durch die Hundertschaften der SS-Totenkopfverbände verbürgt Disziplin, aber auch eine gerechte menschliche Behandlung, denn wir sind keine Polizei des Staates gegen das Volk, sondern die aus dem Volk gewachsene Polizei des Führers für das Volk.

(Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler in einem Presseinterview am 29. Januar 1937.)

Ein entlassener politischer Häftling, der vom Januar bis zum September 1936 im Konzentrationslager Lichtenburg gefangen gehalten wurde und monatelang als Arrestkalfaktor die an seinen Kameraden verübten Mißhandlungen mit ansehen mußte, stellte uns seine Aufzeichnungen zur Verfügung. Wir verbürgen uns für die Wahrhaftigkeit der Schilderungen, von denen wir allerdings des knappen Raumes wegen nur einen kleinen Teil veröffentlichen können.

Die Lagerordnung

Für die Schutzhaftgefangenen des Konzentrationslagers Lichtenburg besteht eine vom Inspektor des Konzentrationslagers, Gruppenführers Eicke, herausgegebene Lagerordnung. Darin sind folgende Strafen festgelegt: Einzelhaft — Arrest — Prügel und Erschießen. Rechte oder die Möglichkeit zu Beschwerden haben die Eingekerkerten nicht. Während meines Aufenthaltes in Lichtenburg, Januar 1936 bis September 1936 wurde diese Lagerordnung einmalig bekanntgegeben. Dazu mußten alle aus den Zellen. Beklemmend war die Stille, die Wirkung auf die Lagerinsassen erschütternd.

Eine Vernehmung der angeschuldigten Gefangenen fand in den wenigsten Fällen statt. Ich habe oft erlebt, daß eingelieferte Arrestanten keinerlei Ahnung von einem Verstoß gegen die Lagerordnung hatten. Alle Haft-, Arrest- und Prügelstrafen — auch das »Krummschließen« — wurden im Keller des Flügels C vollzogen. Jede der 13 Arrestzellen besitzt ein Gitter, das den Gefangenen die Möglichkeit nimmt, sich der Tür zu nähern. Diese ist verschlossen und verriegelt. Vor den Fenstern befinden sich zollstarke Gitter mit eisernen Blenden zum Verdunkeln. Die Aufsicht über den Arrestraum war dem Kompanieführer Ludwig, Lichtenburg, übertragen.

Einzelhaft wurde über Schutzhaftgefangene verfügt, die mit den übrigen Lagerinsassen in keinerlei Berührung kom-

men sollten. Während meiner Zeit handelte es sich ausschließlich um SS-Leute, die aus den Bewachungsmannschaften des Lagers Dachau stammten, oder um Pgs aus den führenden Schichten der Partei. Sie waren abgeordnet, im übrigen jedoch den Angehörigen der Kompanien gleichgestellt. Seit dem 30. Juni 1936 befand sich neben anderen der Sportschriftsteller Walter Kleffel, Berlin — früher Ullsteinverlag, bis zu seiner Verhaftung Beauftragter des Reichsportführers von Tschammer-Osten bei der Reichsleitung — in Einzelhaft. Er hatte den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, der Homosexualität bezichtigt. Selbst so veranlagt, schlen er über das Leben und Treiben dieser Kreise genau unterrichtet. Bei Revision des Arrestraumes vermeld man, Kleffels Zelle zu öffnen. Ich habe berechtigten Grund anzunehmen, daß Kleffel in Einzelhaft gehalten wurde, weil er zuviel wußte.

Isolierhaft bedeutete Untersuchungs- haft im Lager. Sie wurde gleichmäßig über SS-Angehörige und Häftlinge verhängt.

Gelinder Arrest wurde nur von Angehörigen der Wachttruppe verbüßt. Er bedeutete lediglich Freiheitsentziehung. Im übrigen aber ist die Behandlung und Verpflegung wie in der Kaserne. Die Arrestanten dürfen lesen, schreiben oder sich in anderer Weise selbst beschäftigen. Die meisten verschliefen ihre Strafe.

Verschärfter Arrest ist das übliche Strafmittel gegen Schutzhäftlinge. Die Vollstreckung erfolgt in verfinsterten Zellen. An Verpflegung erhalten die Arrestgefangenen täglich 300 Gramm Brot mit einem Topf Wasser, nur an jedem vierten Tag eine warme Mahlzeit, anschließend daran 24 Stunden lang das allgemeine Häftlingsessen, dann wieder drei Tage nur Wasser und Brot. Die Schlafstelle besteht aus einer gemauerten Pritsche mit Holzeinlage, Strohsack und drei Decken, die jeden Morgen herausgelegt werden müssen. Am Tage besitzt der Arrestant nichts weiter in der Zelle als den Nachtkübel. Das dauerte in vielen Fällen bis sechs Wochen lang. Ein Lebenszeichen von seinen Angehörigen erhält niemand während dieser Zeit.

Willkür und Roheit

Für die mit Arrest Bestraften gibt es keine ärztliche Untersuchung auf Arrestfähigkeit, keine Rücksichtnahme auf Alter, Krankheit oder Gebrechen. Ob 60 Jahre, ob 18 Jahre, sie leiden das gleiche Schicksal. Bei der Einlieferung auf das schärfste durchsucht, abgetastet und befüßt, kommen sie in ihre Zellen. Bei Beginn der Strafe trägt ihnen der Arrestdiensthabe eine Meldung auf, die jedem, der die Tür öffnet, zu erstatten

ist. Einige weigerten sich, diese unwahre Meldung abzugeben. Was half das aber? Nach »Sport« im Arrest, Prügel, Krummschließen und anderen Marterungen weigerte sich keiner mehr.

Solche befohlenen Meldungen lauten wörtlich:

»Schutzhäftling Schöbel, Waldenburg: bestraft mit 6 Tagen verschärftem Arrest, weil er seinen Vorgesetzten höhnisch anlachte.«

»Schutzhäftling Markus, Breslau: bestraft mit sechs Tagen verschärftem Arrest, weil er seinen Vorgesetzten frech gekommen ist.«

»Schutzhäftling Kemp, Duisburg: bestraft mit sechs Tagen verschärftem Arrest, weil er seinem Vorgesetzten frech gekommen ist.«

Für die den einzelnen Kolonnen zugeteilten Wachmannschaften war es ja so leicht, irgend einen unserer Kameraden der »Freiheit«, der Faulheit oder ungenügender Arbeitsleistung zu bezichtigen. Keiner von denen, die mit dem Beschuldigten am gleichen Platz arbeiteten, durfte seine Meinung äußern noch wurde jemand darum befragt. Die Auffassung des SS-Mannes genügte. Am Platze erfolgte die sofortige Festnahme. Die Einlieferung in den Arrest vermochte dann niemand aufzuhalten.

»Schutzhäftling Paul Stroh, Grenzmark: bestraft mit 21 Tagen verschärftem Arrest wegen unvorschriftsmäßiger Meldung.«

Stroh war ein völlig kranker Mensch, über 60 Jahre alt, körperlich schwach, magen- und nierenleidend und mit völlig zerrütteten Nerven. Krumm und gebückt laufend, war er das Wrack eines Mannes. Beim Betreten des Schutzhaftlagers unterließ er es, den dort befindlichen Lagerführer Remmert zu fragen: »Bitte, eintreten zu dürfen.« Wegen Unterlassung dieser Worte erfolgte seine sofortige Abführung. 21 Tage Arrest hielten die Gewaltigen des Lagers für erforderlich, um den schwerkranken Menschen zur richtigen Meldung zu zwingen.

Krummschließen

Krankheit, und wäre sie noch so schlimm, bildet keinen Grund, eine verhängene Arreststrafe zu unterbrechen oder gar zu erlassen.

Schutzhäftling Paul Fischbock, Dessau, war ein Krüppel: etwa 1,50 m groß, körperlich schwach, der Rücken völlig verwachsen. Kurz vor der letzten Wahl im Jahre 1936 gab die Lagerverwaltung bekannt, daß diejenigen, die sich im Besitz des Wahlrechtes befanden, ihren Wahlschein anfordern sollten. Fischbock weigerte sich und wurde dafür am frühen Morgen ins Arrest geworfen. Der Abend

des gleichen Tages brachte ihm jedoch die Freiheit wieder. »Wir werden dich schon weich machen!« drohte der Kompanieführer Ludwig. Wahrlich, sie haben ihn weich gemacht. Nur wenige Tage später wird Fischbock wegen angeblich unkameradschaftlichen Verhaltens mit 10 Tagen verschärftem Arrest bestraft. Wieder sind diese Tage um. Er geht zu seiner Kompanie und weiß, daß ihm Schlimmes bevorsteht. Drei Tage weil er im Kreise seiner Kameraden, die ihn achten wie kaum einen anderen. Dann verhängt der Kommandant erneut 21 Tage verschärftem Arrest über ihn: »weiter zu langsam über den Hof gegangen ist.« Drei Wochen, eine lange Zeit im Lagerleben, länger noch für den, der sie im Arrest verbringen muß, gehen ins Land. Wieder hat Paul Fischbock seine Strafe verbüßt und kehrt zu den Kameraden zurück. Die Kompanien sind zum Abendappell angetreten. Da ruft der Arrestdiensthabe den Gefangenen Fischbock heraus: »Erschießen Sie mich! Aber ins Arrest gehe ich nicht mehr!« Gleich einem Protest gegen vergewaltigtes Menschentum klingt dieser Schrei über den weiten Hof. Von Posten mit gekademen Gewehr geschleppt und gestoßen wird der verwachsene, schwache Mensch ins Arrest gebracht. »42 Tage verschärftem Arrest, weil ich meinen Vorgesetzten angeschnauzt habe!« lautet die ihm befohlene Meldung.

Eines Morgens hing Fischbock mit nach vorn geneigtem Kopf am Gitter der Zelle. Die Arme waren ihm auf dem verwachsenen, kranken Rücken so weit als möglich unter die Schulterblätter gedrückt, mit Schließketten und Schloß gefesselt. Der Körper ruhte auf den Fußspitzen und war von den Füßen bis zur Brust mittels Stricken am Gitter befestigt. Das nannten die Bestien »Krummschließen«. Von morgens bis 6 Uhr abends währte diese Folter. Kleidung und Wäsche waren durchnäßt und voller Kot, die Arme unbrauchbar, am Körper blaue und rote Streifen. Völlig gebrochen kam Fischbock am folgenden Morgen zum Waschen. Ich will ihm behilflich sein. »Lassen Sie den Lumpen, der verstellt sich nur!« ruft mir der Kompanieführer Ludwig zu.

Bei dem Häftling Kiwitt wurde die Strafe des »Krummschließens« noch dadurch verschärft, daß die SS-Leute den Ofen heizten, bis Kacheln und Ofentür sich herausdrückten und die Zelle selbst einem Backofen glich. Während der Gefangene am Gitter hing, überschütteten die Kompanieführer Breuning, Schäfer, Ludwig und der Rapportführer Fettke den schwitzenden nackten Oberkörper abwechselnd mit Kochsalz.

Prügelstrafe

Entsprechend der Lagerordnung durfte die Prügelstrafe nur vom Inspektor der Kon-

in den Frühstunden an diesen Vergnügungstätten der gehobenen Schichten vorüberzukommen, kann die Besoffenen sehen, die von ihren Kameraden in eleganten Autos befördert werden. Auch auf den wieder so beliebten Offiziersbällen sieht man nichts von der Not des Volkes. Paradeuniformen aus feinstem Tuche, die neuesten Modeschöpfungen der Pariser Salons werden von den Damen vorgeführt. Die Schlemmerei hat ein bisher noch nie gekanntes Ausmaß erreicht. Ein uns bekannter Fliegeroffizier sagte, daß unter seinen Kollegen der spanische Krieg und die möglichen Rückwirkungen auf das Reich eine Würsichtigkeitbestimmung aufkommen ließ, gegen die schon mehrmals von höheren Kommandostellen gewarnt wurde. Die jungen Flieger besaufen sich bei jeder Gelegenheit mit dem Hinweis, es dauert so nicht mehr lange, dann sind wir hin. Drum sauft und hebt wer kann.

Vorsicht

Da findet man sich oft nicht ganz hinein. Da wird »Minna von Barnhelm« aufgeführt und das Dortmunder Naziblatt schreibt über den Verfasser:

»Wie wenige hatte er die Höhen und Tiefen des menschlichen Herzens erkannt und erschaut. Und nicht aus galliger Ironie noch schmerzvoller Skepsis entstand »Minna von Barnhelm«, sondern aus preußischem Ethos, als eine sittliche Forderung des Dichters an sich selbst. Mit Sturm und Anklage gegen welschen Geistesstand wuchs in Lessing als Ideal eine zuchtvolle Weltanschauung, die ihn die Dinge seines Lebens und seines Werkes unter dem Schein des Preußentums sehen ließ.«

Vorsicht! Sind doch in der Minna allerhand scharfe defaltistische Worte gegen die Unsinnigkeit des Krieges enthalten, wenn wir nicht irren. Das kann man ja streichen — und es wird im Dritten Reich an der Klassik mächtig herumgestrichen — aber die Sätze gegen den kriegerischen Unsinn stehen immerhin dort. Und »Nathan der Weise«, bis heute das stärkste Drama gegen Antisemitismus, kann doch nicht ganz weggeleugnet werden. Das wäre also »Tiefe des menschlichen Herzens«... »zuchtvolle Weltanschauung«... »bestes Preußentum«...? Wir haben nichts dagegen, aber wie soll sich das Volk da noch zurecht finden?

Dasselbe Blatt bringt eine Würdigung zur Wiederkehr von Ludwig Thomas Stebbigen. Das knallt nur so von »urdeutsch«... Jäger- und Bauernnatur... jahrhundertaltes Jägergeschlecht... altes deutsches Blut... »Ja, dieser Thoma entdeckte sogar die heimlichen Zusammenhänge von Heimat und Rasse...«

Vorsicht. Derselbe urdeutsche Mann hielt dicke Freundschaft mit dem bereits auf den Index gesetzten völkischen Rasseschänder, Ganghofer und seiner jüdischen Frau, leitete den Simplizissimus, der so gern die Völkischen verhöhnte und knalldeutsche Typen hochhing, darunter die unvergesslichen Gestalten der germanischen Professoren. Th. Th. Heine und Gulbransson wurden damit weltberühmt, dazwischen Gulbransson, der nach dem 5. März in Braun umlernte, während die ganze unabhängige, freisinnige Thoma-Richtung verboten wurde. Leistete sich doch dieses Witzblatt 1911 ein satirisches Bild, darauf eine großköpfige Uniform

in Michels Bauernhaus eindringt, mit dem Rufe: »Auf, auf! Eure Interessen in Marokko sind bedroht!« Der Bauernfamilie am Mittagstisch bleibt vor Staunen die Kartoffel im Halse stecken. Die Satire hatte zwar noch nichts mit 1936 zu tun, sondern richtete sich gegen Wilhelms künstlichen Agadirkonflikt, sie muß jedoch in der Zeit des deutschen Feldzugs in Spanien und dito Engagement in Marokko als schlimmerer Landesverrat gelten denn damals.

Was also das Urdeutsche dieses Hochverrätters anbetrifft, so haben wir weiter nichts dazu zu sagen, wie jedoch die Hitlerjugend sich noch zurecht finden soll, wenn sie die Wahrheit, wenn sie alles erfährt... Keine Bange, sie erfährt nicht einmal die Hälfte. Wo bliebe sonst das Dritte Reich? Und wenn sie auch Hochverräter und Judengenossen waren — ganz kann Hitlerdeutschland, wie jeder verstehen wird, auf einige urdeutsche Namen nicht verzichten, sonst blieben ja als Kreuzzeugen des tausendjährigen Reiches nur die gleichgeschalteten Nebbiche übrig. Wir sagen ja auch nur: Vorsicht! Das mit Lessing und das mit Thoma könnte man für boshafte Meckerei halten, stünde es nicht in der absolut kommandotreuen Nazipresse. Br.

Entartung

Durch die Nazipresse geht ein Artikel, der gegen das bequeme England los zieht. Man liest da:

»Denn der Bolschewismus ist nicht im Kampf gegen den Nationalsozialismus entstanden oder durch dessen Entartung gerechtfertigt, sondern entstanden und gerechtfertigt

hatsich der Bolschewismus an der Bourgeoisie und ihrer Entartung.«

Lesen wir richtig? Entartung des Nationalsozialismus spricht hier ein Röhm aus dem Grabe oder handelt es sich nur um schlechtes Deutsch? Der Schluß mit dem »entstanden hat sich« läßt mehr darauf schließen, daß sich hier wieder einmal die in der Nazipresse beliebte Mißhandlung der deutschen Sprache rächt. Uns aber war es mehr um folgenden Satz zu tun:

»In Europa sind es, einschließlich Irland, nur elf Staaten, in denen die kommunistische Partei noch erlaubt ist. Mit der bezeichnenden Ausnahme der Tschechoslowakei haben sämtliche Staaten, die geographisch Sowjetrußland näher liegen als Westeuropa, diesen (wen? Die Red. des »N. V.«) zum Staatsfeind erklärt. Aber selbst England hat in British-Indien seit zwei Jahren die kommunistische Partei verboten, ebenso Holland in seinen Kolonien.«

Und wo ist die Nazipartei erlaubt? Nicht einmal in dem Gefilde ihrer Verbündeten, nicht einmal in deutschen Ländern wie Südtirol und Oesterreich. Auch darin ist das Hakenkreuz dem Sowjetstern verwandt. Wozu also das Geschrei?

Gegen die Meckerer

Wozu sollen die Beschwerden?

Freiheit ist genug auf Erden, Wenig, viel und nichts zu werden.

Freiheit ward uns in Gewerben, Im Vertum und im Verderben, Im Verhungern und im Sterben.

Weiter kannst du's hier nicht bringen; Andre Freiheit zu erringen, Wird dir dort nur erst gelingen. (Hofmann von Fallersleben.)

Betriebsverbundenheit durch Ketten

Ermächtigung der Unternehmer — Zurückbehaltung des Arbeitsbuches

zentrationenlager, Gruppenführer Eicke, verhängt werden. Die Formel für diese Strafe im Arrestbefehl lautete: 25, bzw. 50 Stockschläge auf Gesäß und Rücken. Sie enthielt ferner den Vermerk: »Vom Gruppenführer genehmigt am...« Diese Bestimmung steht aber nur auf dem Papier, Nutzen besaß sie für uns keinen. Der Kommandant Bananovsky verhängt die Strafe aus freiem Ermessen, ohne jemand zu fragen oder sich daran hindern zu lassen.

Zur Durchführung war ein sogenannter »Prügelbock« vorhanden. Auf vier kräftigen, nach außen gestellten Balken war eine 5 cm starke Holzplatte im Ausmaß 60mal60 mit einem Neigung von 35 bis 40 Grad befestigt. Durch die beiden vorderen Beine und die Platte waren starke breite Riemen gezogen. Sie dienten zum Anschlallen und Festhalten des Körpers während des Prügelns. Durch die Neigung des Bocks wurde das Gesäß stark durchgedrückt. Der Kopf lag an der tiefsten Stelle der Platte. Das Anschlallen erfolgte an den Füßen, unmittelbar über den Knöcheln, am Körper und unter den Armen. Eine Bewegung ist nicht möglich.

Diese Strafe wurde bis zum 1. April 1936 vor allem im Karree angetretenen Schutzhäftlingen des Lagers vollzogen. Der Delinquent mußte dazu den Bock und die Rohrstöcke — zirka 1 m lang und 1 bis 1½ cm dick — aus dem Keller des Arrestes, etwa 50 m über den Hof in die Mitte dieses Karrees tragen, um sich dort anschlallen und prügeln zu lassen.

Außer allen Schutzhaftgefangenen war die gesamte Lagerleitung, der Arzt und ein Bereitschaftszug der Wachtruppe mit gefällten, schußfertigen Gewehren zur Sicherung anwesend.

Erst später — etwa vom April 1936 an — wurde die Prügelstrafe auch in den Arresträumen vollzogen.

Mord

Zu den Erschwerungen im Arrest treten die unzähligen Schikanen, Strafdienste und Strafarbeiten, die gleich schwer empfunden wurden. Die »Führer« der einzelnen Kompagnien ordneten sie an, und von der Stunde der Ankunft bis zum Tage der Entlassung machten sie einem jeden das Leben zur Hölle. Ich selbst war mit bloßen Händen in der vollen Abortgrube beschäftigt, mußte die Kläranlage reinigen, täglich die Müllgrube umwühlen, viele, viele Wochen lang. Wenigen nur blieben Strafarbeiten solcher Art erspart. Auf Ablösung war nur zu hoffen, wenn ein anderer »auffiel«. Das war allerdings leicht. Die Hände auf dem Rücken tragen, über den Hof nicht rasch genug laufen, ein Wort, eine Redewendung im Brief und andere ähnliche Kleinigkeiten genügte.

Gefürchtet war »Sport«. Junge und Alte, Gesunde und Kranke mußten dazu antreten. Fünfzigmal und öfter Kniebeuge mit vorgestreckten Armen in sehr langsamem Tempo. Im Hock, die Hände vor den Knien gefaltet, um den Hof herum springen — eine Übung, die beim Militär verboten ist. Hinlegen — Auf, Hinlegen — Auf! Laufschrift, marsch, marsch! Dazu Fußtritte und Schmähungen, Stöße mit Gewehrkolben und Fäusten, gleichgültig, ob das Opfer 60 oder 20 Jahre alt ist. Manche der Gequälten wurden ohnmächtig, manche wanden sich in Krämpfen. Die Wachmannschaften — viele 17jährige Burschen darunter — nehmen kaum Notiz davon.

An einem drückend heißen Tage machte der Kompagnieführer Breuning auf dem schattenlosen Hof mit den jüdischen Gefangenen »Sport«. Die Angehörigen der Wachtruppe weideten sich an der Marterung, standen in großer Zahl herum und spornten Breuning zu »höheren Leistungen« an. Kniebeuge, Laufschrift, Liegestütz, Hebt — Senkt, Hebt — Senkt! 15-, 20-, 25mal. Dazu sendende Hitze und die Gefangenen in voller Kleidung. Bendix (Rechtsanwalt, Berlin), Schoops-Neße, Landsmann-Frankfurt, Manasse-Berlin brechen zusammen. Fußtritte und Kolbenstöße der Wachmannschaften! Hört Ignatz Manasse noch die furchtbaren Beschimpfungen: »Verfluchte, fette Judensau!« — »Steh auf oder ich trete dich zusammen!« Fühlt er noch wie er von dem anwesenden Wachposten der II. Kompagnie (Richter) mit den Stiefeln in den Körper und an den Kopf getreten wird? Starr und strack, ohne einen Laut von sich zu geben, liegt er am Boden. Einige Male wälzt sich Manasse noch, dann hört auch das auf.

Seine Kameraden werden weggeführt, der Platz wird abgesperrt. Sanitäts-

Die Frage »Warum Vierjahresplan« wurde noch am 15. November v. J. im »Arbeiter-tum« wie folgt beantwortet:

»Dieser Vierjahresplan soll dem Zweck dienen, das deutsche Volk in wirtschaftlicher Hinsicht vom Ausland unabhängig zu machen... aber nicht nur die Sicherheit der Wehrmacht, sondern auch die Erhaltung der Arbeitsplätze aller deutschen Volksgenossen ist in die Erfüllung eingeschlossen.«

Die Durchführung dieses Kriegswirtschaftsplanes hat inzwischen weder in der Frage der Rohstoff- noch der Lebensmittelversorgung Fortschritte bringen können. Um so nützlicher aber erweist sich der Plan für das kapitalistische Unternehmertum, die Arbeiter der Kriegswirtschaft zu knebeln und jede Lohnentwicklung durch den Beauftragten Göring verhindern zu lassen. Göring hatte am 7. November 1936 in sechs Lohndekretten und einer nichtsagenden Anordnung für die älteren Angestellten die Zwangsbewirtschaftung der deutschen Arbeit eingeleitet.

Er hat jetzt eine siebente Anordnung folgen lassen, die eine ausgesprochene Ermächtigung der Betriebsführer darstellt und unter dem Kennwort

»Arbeitsbuch-Zurückbehaltung bei rechtswidriger Lösung des Arbeitsverhältnisses« an die Gefolgschaften verabreicht wird. Nach der 2. Anordnung sollte der Abwertung von Arbeitern in der Metallindustrie begegnet werden. (N. V. Nr. 180/1936.) Es war bestimmt worden, daß Neueinstellungen, soweit sie innerhalb dreier Monate die Zahl zehn überschreiten, vom Arbeitsamt genehmigungspflichtig sind. Damit war bis zu 10 Neueinstellungen immerhin ein, wenn auch geringer, Spielraum für den Wechsel des Arbeitsplatzes übrig geblieben. Die »Gefahr« einer Lohnverbesserung durch den Wechsel des Arbeitsplatzes war also noch nicht ganz gebannt. Mit der neuen Anordnung ist nun für die Eisen- und Metallwirtschaft, die Ziegeleiindustrie und die gesamte Landwirtschaft »dafür Sorge getragen, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Arbeitsplatz nur nach ordnungsgemäßer Lösung ihres Arbeitsverhältnisses verlassen.«

»Die Verantwortung trägt der Unternehmer.« Die Entscheidung, was »ordnungsgemäß« ist, fällt der Unternehmer, dem hier zum ersten Male auch die Rolle des Richters über seinen Gefolgsmann übertragen wird.

»Die Unternehmer dieser Industrien werden durch die 7. Anordnung ermächtigt, im Falle unberechtigter, vorzeitiger Lösung des Arbeitsverhältnisses das Arbeitsbuch solange zurückzubehalten, bis die Beschäftigung nach ordnungsgemäßer Kündigung enden würde.«

Die DAK gibt selbst zu, daß das Zurückbehaltungsrecht des Unternehmers für das Arbeitsbuch mit schweren wirtschaftlichen Schädigungen des Arbeiters verbunden sein kann. Es »erhebt« daraus das große Maß von Verantwortung, das der Unternehmer trägt.

So verrät und verkauft das Dritte Reich den Arbeiter an seinen Brotherrn, so vollzieht sich im Faschismus die förmliche Entmündigung des schaffenden Menschen. Dabei reden diese Heuchler noch von dem Recht der Persönlichkeit im Betrieb, von Kameradschaft und Betriebsgemeinschaft. Sie legen den Arbeiter an die Unternehmerkette und feiern dann die »Betriebsverbundenheit«. Wenn dabei von dem Fall der »rechtswidrigen Lösung« des Dienstverhältnisses ge-

mannschaften der Wachtruppe kommen, legen den Toten auf eine Bahre und tragen ihn in das Lazarett. Ihnen auf dem Fuß folgt der Kommandant. Eine kurze Spanne Zeit später diktiert der Gewaltige des Lagers als Ursache in den Totenschein: »Ignatz Manasse erlag einem Gehirnschlag«. — Wir aber, die Zeugen dieses Vorganges waren, wissen es besser! Manasse wurde im wahren Sinne des Wortes totgetreten. Unsere Tischler bauten mit viel Liebe den Sarg und beteteten den Toten hinein. Als die Woche zu Ende ging, fuhren ihn die Kameraden von der III. Kompagnie auf einem Wagen, der sonst zum Befördern von Steinen und Müll Verwendung findet auf den kleinen Friedhof der Gemeinde Lichtenburg. Eine alte Mutter und die junge Frau des zu Tode Gemarterten waren zugegen, als ihn die Erde nahm. Niemand sonst durfte ihm die letzte Ehre erweisen.

Wenn die Tischler einen neuen Sarg zimmerten, so taten sie es mit der bange Frage: »Für wen diesmal?« Wir alle waren innerlich auf das gleiche Schicksal vorbereitet: Denn erst mit dem Tode hörten für viele die Marterungen im Lager auf.

sprochen wird, so werden in der 7. Anordnung die genannten Gewerbe in einer Einzelaufzählung derart weit ausgedehnt, daß es nicht schwer fällt, bei jedem Einzelfall des Stellenwechsels eine Rechtswidrigkeit zu konstruieren.

Der betreffende Arbeiter oder Angestellte kann ohne Arbeitsbuch keine andere Beschäftigung antreten, die Bestimmungen für die Ausstellung eines Ersatzbuches sind gleichfalls entsprechend verschärft worden. Der Arbeiter ohne Arbeitsbuch ist im Dritten Reich freiwild. Die spätere Anrufung des Arbeitsgerichts braucht nicht ernst genommen zu werden.

Die Arbeitsfront gibt weiter bekannt, daß die so von ihrem Betriebsführer des rechtswidrigen Verlassens ihres Arbeitsplatzes bezichtigten Personen auch der Unterstützungsansprüche als Erwerbslose verlustig gehen. Sie haben überdies auch für die Folgezeit mit einer Sperrfrist der Arbeitslosenunterstützung zu rechnen.

Diese teuflische Versklavung des Arbeiters wird vom Präsidenten der Reichsanstalt Dr. Syrup in einem Werk über »Ziele des Arbeitseinsatzes« folgendermaßen umschrieben:

»Der Arbeiter und Angestellte muß, will er seine Arbeitskraft verwerten, die Arbeitsgelegenheit finden. Der Unternehmer andererseits muß, will er den Betriebszweck erfüllen, den benötigten Arbeiter oder Angestellten finden. Dieses Zusammenfinden erfordert in jedem Falle eine beiderseitige Einigung.« (DAK Nr. 272.)

Diese 7. Anordnung beleuchtet nicht nur die Betriebsdiktatur, sie kennzeichnet auch den Schwindel von der sogenannten »Sozialen Selbstverwaltung«. So rühmt das »Arbeiter-tum« in seiner letzten Ausgabe die neuerrichteten 3000 Arbeitsausschüsse als die »Organe der Sozialen Selbstverwaltung«.

Unter den Aufgaben ist u. a. zu lesen:

»Der Zusammenhang von Lohn, Selbstkosten und Konjunktur im Rahmen der Lage der Volkswirtschaft... alle Fragen, die irgendwie Unruhe oder Mißstimmung in die Betriebe tragen könnten... sollen von diesen Ausschüssen behandelt werden.«

Der Arbeitsausschuß soll vor allem der Befriedigung innerhalb der Fachgruppe gleichartiger Betriebe dienen.

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, dann müßte der Wechsel des Arbeitsplatzes innerhalb einer Industrie in den Aufgabenbereich der »Sozialen Selbstverwaltung« dieser Arbeitsausschüsse fallen. Aber weit gefehlt — Einzelstreitigkeiten gehören, wie ausdrücklich bemerkt wird, nicht zum Aufgabengebiet der Arbeitsausschüsse. In der 7. Anordnung bleiben denn auch diese Ausschüsse unerwähnt. »Die Verantwortung trägt der Unternehmer« und basta.

In gleicher Weise sind die sogenannten Arbeitskammern von der sozialen Ueberwachung der Durchführung des Vierjahresplanes ausgeschaltet. Die Kriegswirtschaft duldet keine soziale Selbstverwaltung, auch nicht in der dürftigen Art der Arbeitsausschüsse und -kammern. Arbeit und Lohn werden zentral durch den Wirtschaftsbeauftragten, betrieblich durch den Betriebsdirektor — den Unternehmer — bestimmt. Die Arbeitskräfte werden gleich Schachfiguren verschoben und eingesetzt.

»Das Recht der Persönlichkeit aber wird nicht durch hochtrabende Worte, sondern allein durch den Beweis aufrechter Kameradschaft auch von seiten des Betriebsführers gewahrt.« (»Recht der Arbeit« Nr. 295/1936.)

Die siebente Anordnung besagt deutlich, daß diese Deklamationen nur bestimmt sind, den wahren Zweck des Vierjahresplans zu verdecken, die kriegsorganisatorische Bedeutung des Arbeitsbuches zu vernebeln. Diese Anordnung wird die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Erkenntnis nur bestärken können, daß sie ihre sozialpolitischen Tageserfordernisse nicht isoliert sehen darf. Sie fließen zusammen mit dem Strom der revolutionären Bewegung.

Verordneter Betrug

Die verschiedenen Wirtschafts- und Fachgruppen der Textil- und Bekleidungsindustrie, sowie des Handels, und die Reichsinnungsverbände der Damen- und Herrenschneider haben neue Bezeichnungsgrundsätze für Wolle, Baumwolle und Waren aus ihnen vereinbart. Der Zweck dieser Vereinbarung, die unter dem Schutz der Behörden eine Verordnung darstellt, ist, dem kaufenden Publikum die Unterscheidung zwischen reiner Wolle, bzw. reinen Wollwaren und gemischten Waren zu erschweren.

»Reine Wolle«, »garantiert« und »wollgemischt« wird es künftig nicht mehr geben. Dafür aber müssen Waren, die bis zu 20% mit künstlichen Spinnstoffen hergestellt sind, von jetzt ab als »wollene Waren« ohne jeden Zusatz bezeichnet werden. Es ist also verboten, auf die Beimischung von Kunstfasern hinzuweisen. Das gleiche gilt für baumwollene Waren. Erst wenn die Waren mit mehr als 20% künstlichen Fasern gemischt sind, dürfen sie als »Wolle mit...« gekennzeichnet werden.

In der Begründung wird zwischen den Zeilen zugegeben, daß es sich um eine Täuschung der Verbraucher handelt. Man weiß aus den Kundgebungen der Textilunternehmer, daß der Absatz von Mischgeweben auf großen Widerstand stößt. In der Begründung heißt es nun, daß »von der Verbraucherschaft gar nicht erwartet werden könne, daß sie die Eigenschaften der einzelnen Spinnstoffe richtig bewerte«. Darum also soll sie durch eine betrügerische Bezeichnung zu einer »richtigen Bewertung« gezwungen werden.

Der Befähigungsnachweis

In Bartenstein, Ostpreußen, ist die Stelle eines Stadttierarztes und Schlachthofleiters zu besetzen. Der Bürgermeister macht bekannt:

»Bewerbungen mit Lichtbild, ausführlichem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Nachweis der arischen Abstammung des Bewerbers und der Ehefrau sowie Mitteilung über die Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Gliederungen sind bis zum 1. März 1937 an den unterzeichneten Bürgermeister zu richten. Ferner ist das Wehrverhältnis anzugeben und Mitteilung über die evtl. frühere Logenzugehörigkeit zu machen.«

Die Frage nach der ehemaligen Logenzugehörigkeit ist neu. Aber die Liste ließe sich immer noch verlängern. Wie wäre es beispielsweise mit einer genauen Aufstellung aller Lokale, in denen der Bewerber je ein Bier getrunken, sämtlicher Zeitungen, die er je in der Hand gehabt hat? Auch einige Siegestrophäen aus vorflössenen Saalschlachten in Gestalt von Knochen oder Schädeln könnte der Förderungsbedürftige beibringen. Und ein Dutzend Zeugen dafür, daß er keinen Juden oder Marxisten jemals anders als gemein und unanständig behandelt hat. Die braunen Postenverteller haben zwar einiges zugeleert, aber in ihrer Art sind sie immer noch Stümper.

Vorzeitig eingedekt?

Kaffeeplantage im Hochland von Angola umständelhalber billig zu verkaufen. Anfragen unter L 2036 an Ala-Hannover.
(»Deutsche Allgemeine Zeitung«, vom 31. 1. 1937.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«, alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakisch: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.065. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.